

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Worioplan 15195-97  
Expedition Worioplan 11753-54

Donnerstag, den 9. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Worioplan 11753-54

## Hermes und die Getreideversorgung.

Das Reichsernährungsministerium vorbereitet eine mehr als fünf Seiten lange Erwiderung auf unsere Vorwürfe, daß die Regierung nichts tue, um dem Getreidewucher entgegenzuwirken. Wir geben aus der Aufsicht, deren polemische Form sich besser für Anwärtler auf die Ehrenmitgliedenschaft des Landbundes als für eine amtliche Behörde eignet, die wesentlichsten Tatsachenmitteilungen wieder.

Das Reichsernährungsministerium bestreitet, daß Getreide der kommenden Ernte zu Preisen, die weit über den heutigen Preisen liegen, bereits jetzt verkauft werde. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist diesen Behauptungen nachgegangen, die aber bisher in keinem Falle Bestätigungen gefunden haben. Die Nachforschungen werden fortgesetzt und etwaige Mitteilungen werden nachgeprüft werden. Die Nachrichten sind aber aus inneren Gründen unzuverlässig. Es ist in der Presse mitgeteilt worden, daß Preise von 18 000 bis 22 000 M. für die Tonne neuer Ernte gezahlt würden. Es wäre ganz unvernünftig, einen solchen Preis zu zahlen. Da Weizen zurzeit in Chicago für Juli-Termin 15 Proz. billiger als Mai-Termin notiert, kann sich jeder Händler für Juli-August Weizen zum Preise von rund 13 000 Mark für die Tonne ab deutschen Häfen sichern, wobei berücksichtigt ist, daß er, um jedes Salutarisiko zu vermeiden, die erforderlichen Devisen zum derzeitigen Kurse eindeckt. Außerdem hat er den Vorteil, daß Zahlung erst im Juli-August zu leisten ist. Aber auch im Inlande ist Weizen jetzt zu etwa 13 000 M. die Tonne zu haben. Selbst wenn man Zinsenverlust, Lagerkosten usw. hinzurechnet, so würde jetzt aufgekauftes Getreide im Juli-August hochgerechnet um etwa 1000 M. höher zu stehen kommen. Kein vernünftiger Mensch kann unter solchen Umständen jetzt Kaufverträge für die nächste Ernte abschließen, die weit über diesen Preisen liegen.

Wir geben von diesen Mitteilungen Kenntnis, möchten jedoch bemerken, daß wir vernünftigen Menschen es ebenfalls nicht zugemutet haben, Getreide zu diesen Wucherpreisen einzukaufen, die uns von privater Seite sowohl wie durch die Telegraphen-Union mitgeteilt worden sind. Die Preisentwicklung für Getreide ist in der Tat unsinnig, selbst wenn — was wir nur wünschen möchten — Ankäufe auf die kommende Ernte nicht vorgenommen werden. Die unsinnige Preisbildung begünstigt zu haben, ist das Verdienst derjenigen Männer, die jetzt noch den Mantel christlicher Nächstenliebe über die Wucherpraktiken gewisser Kreise der Landwirtschaft und des Handels zu decken suchen. Daß wir diese nicht für vernünftige Menschen halten, darüber haben wir schon früher keinen Zweifel gelassen.

Wir haben endlich an Hand einer Statistik des Statistischen Reichsamtes auf den katastrophalen Rückgang der Einfuhr an Brotgetreide hingewiesen und unsere Bedenken darüber geäußert, daß die Reichsregierung nicht zur Zeit eines besseren Valutastandes größere Einkäufe gemacht habe. Das Reichsernährungsministerium teilt nun mit, daß im Dezember und Januar tatsächlich erhebliche Einkäufe an Auslandsgetreide erfolgt sind, nur daß die Einfuhren noch nicht zustande kamen. Warum das nicht mitgeteilt worden ist, als das Statistische Reichsamt seine Zusammenstellung bekanntgab, die die größten Beforgnisse auslösen mußte, ist uns rätselhaft. Schon im Januar wurde ja auf den Rückgang der Lebensmitteleinfuhr hingewiesen. Es hätte auf die Getreidepreise sicherlich einwirken müssen, wenn die Regierung erklärt hätte, was sie erst jetzt zu sagen für nötig findet, daß bis über Mitte Juli hinaus genügend Getreide für die Versorgung vorhanden ist.

Im übrigen ergeht sich die Zuschrift des Reichsernährungsministeriums in einer Vorlesung darüber, daß niemand weiß, wie der Dollar stehen wird. Die Vainpredigt gipfelt in folgender Weisheit:

„Wenn jemand glaubt, aus einer im vorliegenden Falle tatsächlich nicht einmal zutreffenden Unterlassung von Käufen nachträglich Vorwürfe gegen die Nichtausnutzung eines günstigen Valutastandes zu erheben, so möge er jetzt und für die Zukunft einmal verantwortliche Voraussetzungen über die Valutagegestaltung machen.“

Dem Reichsernährungsministerium scheint entgangen zu sein, daß nicht nur wir, sondern auch andere Blätter, und insbesondere auch der Reichswirtschaftsrat, einen weiteren Kurssturz der Mark als unausbleiblich bezeichnet haben, wenn nicht eine energische Heranziehung des Beschlages zur Deckung der Reparationszahlungen erfolgt. Der gleichzeitig als Reichsfinanzminister amtierende Ernährungsminister Hermes hat daraus die Konsequenz gezogen, die Erfassung der Sachwerte mit recht weitgehendem Erfolg zu bekämpfen. Den Mut oder die Zeit dazu, dann den angekündigten unausbleiblichen Sturz der Valuta auch vorauszu sehen, hat er nicht gefunden. Dafür ereifern sich jetzt seine Leute aus dem Reichsernährungsministerium, den Getreidewucher zu decken. Die von uns geforderte Auskunft, ob für den Fall künftiger Preistreiberien genügend Vorräte zur Regulierung des Marktes vorhanden sind, wird auch jetzt nicht erteilt, weil eben keine da sind, woraus der Getreidehandel wieder Mut schöpfen kann.

So handeln die Beamten des Reichsernährungsministeriums, nachdem der reaktionäre Beauftragte des Reichsfinanzministeriums, das dem gleichen Manne untersteht, in den Pariser Verhandlungen durch sein Ungeschick um wenigstens eine Erhöhung der in Cannes vorgesehenen deutschen Zahlungen herbeigeführt hätte.

Mit seiner Erwiderung verkennt das Ernährungsministerium übrigens ganz und gar, daß es nicht so sehr darauf ankommt, unsere Vorwürfe zu widerlegen, sondern darauf, zu zeigen, daß überhaupt von der Reichsregierung etwas gegen die unbegründete Steigerung der Getreidepreise geschieht. Aus dem gereizten Dementi läßt sich beim besten Willen nicht mehr herauslesen, als daß eben nichts dagegen geschehen soll. Vor diesem Schandrian muß man warnen, wenn man die Stimmung der breiten Massen kennt.

Herr Hermes hat die Getreidewirtschaft abgewirtschaftet, er geht jetzt ins Reichsfinanzministerium.

### Neue Anklage gegen Hermes.

Die Ueberraschungen, die in bezug auf die Ernennung des Reichsernährungsministers Hermes zum Reichsfinanzminister angekündigt waren, haben durch Mitteilungen der „Freiheit“ begonnen. Hermes soll von einem rheinischen Winzerverband eine größere Sendung Wein zu dem außergewöhnlichen Preise von 3 M. pro Flasche kurz nach seinem Amtsantritt bezogen und sich dem Winzerverband gegenüber in anderer Weise erkenntlich gezeigt haben. Nach der „Freiheit“ hat Minister Hermes den Wein zum fünfzehn- bis zwanzigfachen Teil des offiziellen Handelspreises erworben.

Die B. S.-Korrespondenz will „von gut unterrichteter Seite“ erfahren haben, daß Dr. Hermes in der Tat ganz kurze Zeit nach dem Antritt seines Ministerpostens, etwa im April 1920, von dem „Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer G. B.“ in Trier einen ansehnlichen Posten edler Gewächse bezogen habe. Es handelt sich um 200 Flaschen zum Preise von 3 M. pro Flasche. Selbst bei dem damaligen Stand der Valuta war dieser Preis für die Weine, die man größtenteils als edle Gewächse ansprechen kann, ein ungewöhnlich niedriger; er entsprach ungefähr dem Preise von 1914 und man könnte der Ansicht sein, daß es sich noch um Friedensbestände des Winzerverbandes gehandelt habe, wenn nicht ein Teil der gelieferten Sorten aus dem bekanntlich sehr guten Jahrgang 1915 gestammt hätte. Nach unseren Informationen betrug der offizielle Handelspreis für die von Minister Hermes erworbenen Marken schon zum Zeitpunkt der Lieferung 35 bis 60 M. Minister Hermes war damals also in der Lage, bei der Lieferung edler Weine durch den Winzerverband etwa 7 000 M. ersparen zu können.

Soweit der „Sozialdem. Parlamentsdienst“ sich informieren konnte, treffen die Angaben der „Freiheit“ zu. Versuche, den Reichsernährungsminister persönlich über die Angelegenheit zu sprechen, scheiterten daran, daß Herr Hermes an einen seiner Geheimräte verwies. Sonderbarerweise war dieser Herr Geheimrat trotz mehrfacher Anrufe nicht zu erreichen. Wir erwarten, daß Herr Hermes bald eine Erklärung zu den Beschuldigungen abgibt. Bevor nicht auch Herr Hermes zu Wort gekommen ist, werden wir uns jeden Kommentars zu der Angelegenheit enthalten.

Die Unabhängigen beabsichtigen, an die Reichsregierung eine Interpellation zu richten, in der sie die Beschuldigungen gegen Hermes aufzählen und fragen, ob ihn die Regierung noch für geeignet zum Reichsminister halte.

### Die bayerische Koalition gescheitert.

#### Die Demokraten gegen Rechtsweiterung.

München, 8. März. (WZ.) Die „München-Augsburger Abendzeitung“ meldet: Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Heide, hat im Auftrag seiner Fraktion den Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß die Verhandlungen über eine Erweiterung der bestehenden Koalition durch Aufnahme der Fraktion der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei am Widerspruch der Demokraten gescheitert sind.

München, 8. März. (L.) Zu der gestrigen Regierungserklärung im Landtage über die Beseitigung Bayerns erklärt die „München-Augsburger Abendzeitung“, es sei zu begrüßen, daß der Minister Schwepker ausdrücklich betone, Bayern werde seine staatlichen Rechte wahren. Man könne es nur gutheißen, daß die bayerische Regierung den Fall zum Anlaß genommen habe, ernstlich in Berlin vorstellig zu werden. Hoffentlich nehme sich die Weimarer Regierung die Worte des bayerischen Ministers zu Herzen, damit endlich die Saat des Mißtrauens beseitigt werde.

## Der Daseinskampf der Presse.

In einem Lande der Demokratie ist die tägliche Zeitung in der Hand jedes Staatsbürgers eine Notwendigkeit. Die Souveränität des Volkes wird zum Hohn, wenn der Souverän auf die tägliche Unterhaltung durch die Presse verzichten muß, weil er das Geld, das der Bezug eines Blattes erfordert, für Margarine oder Stiefelsohlen oder Nähgarn braucht. Das Halten einer Zeitung gehört für den zivilisierten Europäer zum Existenzminimum, der Zwang, sie aufzugeben, bedeutet den sozialen Absturz unter dessen Grenzen.

Heute stehen wir vor der Gefahr eines solchen sozialen Massensturzes. Denn die Presse ist in ihrem Kampf gegen die Notwendigkeit, ihren eigenen Preis zu steigern, zu immer weiterem Zurückweichen genötigt. Sie weiß, daß sie diesen Kampf um ihre eigene Existenz führt. Denn wenn die Erzeuger der unentbehrlichen Lebensmittel so lustig, wie sie nur wollen, auf der Preisleiter hinaufklettern können, wenn die Fabrikanten von Luxusware eines beschränkten Umsatzes bei riesigen Gewinnen gewiß sein dürfen, so muß der Zeitungverleger damit rechnen, daß jede weitere Mark, die er am Abonnement zu fordern genötigt ist, sein Unternehmen schädigt und seinen Markt einengt. Daraus erklärt es sich auch, daß die Presse bisher immer noch so verhältnismäßig billig geblieben ist.

In Friedenszeiten kaufte man eine einzelne Zeitung für 5 bis 10 Pf. Damals kostete eine Straßenbahnfahrt 10 Pf., ein Brief innerhalb Deutschlands ebensoviel. Heute kostet eine Straßenbahnfahrt oder ein Brief 2 M. Diese 2 M. sind also für Straßenbahn und Post fast sozusagen der Groschen von heute. Wäre der Zeitungspreis in gleichem Maße gestiegen, so müßte ein Morgenblatt gleichfalls einen solchen Groschen von heute, das heißt 2 M., kosten und das Abendblatt einen halben Groschen, das heißt 1 M. Der monatliche Abonnementsbetrag für eine zweimal täglich erscheinende Zeitung müßte mindestens fünfzehn neue Groschen, das heißt 30 M., betragen.

Dabei weiß man, daß Straßenbahn und Post nur sehr zögernd der allgemeinen Preisbewegung gefolgt sind, die auf anderen Gebieten noch ganz andere Sprünge gemacht hat. Und schon wird davon gemunkelt, daß auch die 2-M.-Fahrt auf der Straßenbahn keinen langen Bestand mehr haben wird, und dann wird es wieder eine neue Relation geben: 1 Groschen = X Papiermark.

Die Zeitungen sind bei dieser Bewegung am weitesten zurückgeblieben. Sie kalkulieren heutzutage bestenfalls so, daß ihnen das nackte Leben übrigbleibt. Das ist aber gerade in der gegenwärtigen Zeit ein äußerst gefährliches Beginnen. Die Produzenten unentbehrlicher Waren kalkulieren ganz anders: die eilen der Preisbewegung immer mit Riesenschritten voraus und heimlich, trotz gesteigerter Produktionskosten, gewaltige Gewinne ein. Dadurch machen sie sich gegen Rückschläge, auf die man heutzutage mehr denn je gefaßt sein muß, widerstandsfähig. Anders der Zeitungsunternehmer, der so rechnet, daß er noch gerade herauskommt. Eine unvorhergesehene rasche Steigerung der Herstellungskosten, ein unerwarteter Einnahmeausfall reißt sein Unternehmen in den Abgrund.

Heute ist zweifellos ein großer Teil der deutschen Zeitungsunternehmungen in einen solchen Zustand des labilen Gleichgewichts schon eingetreten. Ein neuer Stoß der Wertungswelle wird einen Trümmerhaufen zurücklassen. Die Existenz der meisten Zeitungen erscheint ja schon jetzt geradezu als ein Rätsel, wenn man bedenkt, daß alles, was zur Herstellung einer Zeitung notwendig ist, unvergleichlich höher im Preise gestiegen ist als die Zeitung selbst. Man betrachte unter diesem Gesichtspunkt die nachstehende Tabelle:

	1914	Febr. 21	Febr. 22
Papier . . . per Kilogramm	0,20 M.	3.— M.	7,90 M.
Farbe . . . . .	0,45	7,80	10,20
Öl . . . . .	0,45	12,75	21.—
Wachsmittel . . . . .	0,24	5,25	7,90
Butterfett . . . . .	0,45	5,20	9,75
Salzmasse . . . . .	2,70	50.—	115.—
Metall . . . . .	0,42	5,90	17,50
Watern . . . . .	Duadratmtr. 0,90	5,50	15.—
Rohlen . . . . .	Zentner 1,87	20,85	53,80
Elektrizität . . . . .	Kilowattstde. 0,20	1,80	2,30

Inzwischen ist das Papier, der entscheidend wichtige Rohstoff des Zeitungsgewerbes, im März abermals weiter im Preise gestiegen bis auf 8,25 M., und für den April spricht man schon von einem Preis von 11 M. für das Kilogramm unbedruckten Zeitungspapiers! Die rund anderthalb Kilogramm Zeitungspapier, die der Verleger einer zweimal täglichen Zeitung seinem Kunden monatlich ins Haus liefert, verschlingen also heute annähernd schon die Hälfte des Abonnementspreises. Die andere Hälfte und die Inserateinnahmen sollen alles das decken, was es kostet, aus weißem Rollenpapier eine fertige Zeitung zu machen und sie dem Leser zweimal täglich ins Haus zu schicken.

Da dies nicht möglich ist — denn wie die Papierpreise steigen auch alle übrigen Herstellungskosten — muß auch die Zeitung, wenn auch zögernd, wenn auch ganz zuletzt der allgemeinen Bewegung nach oben folgen. Sie weiß, daß sie es



auf eigene Lebensgefahr tut, denn jede Preissteigerung bedeutet für sie eine Verminderung ihrer Verbreitung. Ungezählte Leute, denen in besseren Zeiten das Halten einer Zeitung eine Selbstverständlichkeit war, begnügen sich heute damit, zusammen mit einem Nachbar ein Blatt zu abonnieren oder sie verzichten überhaupt auf eine regelmäßige Zeitungslieferung. Da nun die meisten Menschen überhaupt nichts anderes zu lesen pflegen als ihre Zeitung, so bedeutet die Abkehr von ihr soviel, daß sie überhaupt zu lesen aufhören. Das Ergebnis ist eine beginnende Rückentwicklung zum Analphabetentum.

Das ist für unsere ganze Volkskultur, für unsere ganze Zukunft eine ungeheure Gefahr. Sie zu bekämpfen, ist die Regierung verpflichtet, sie muß dafür sorgen, daß dem Volk nicht durch einen unerträglichen Wucher sein geistiges Brot bis zum Unerträglichen verteuert wird.

Aber auch die Arbeiterbewegung und jeder einzelne, der in ihr tätig ist, muß sich dieser Gefahr bewußt werden und das Aeußerste tun, um sie zu bekämpfen. Die Arbeiterpresse ist die Presse der Ärmsten und daher am allermeisten bedroht, wenn sie nicht eine Stütze findet in der Opferwilligkeit der Massen und in der sittlichen Kraft, die der Arbeiterbewegung innewohnt. Sicher trennt sich niemand schwerer von seiner gewohnten Zeitung als ein sozialdemokratischer Arbeiter, und wenn er es tut, folgt er gewiß nur dem Gebot äußerster Not. Wenn trotzdem Verluste unvermeidlich werden, so ist es Aufgabe der kräftig und treu Gebliebenen, durch regste Vorkämpfertätigkeit für Ersatz zu sorgen. Die sozialdemokratische Presse im Deutschen Reich, die nach der Revolution einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, wäre auch heute allenthalben in ihrem Bestande gesichert, wenn nicht so viele Leute, die noch immer Zeitungen halten können, statt des sozialdemokratischen ein bürgerliches Blatt lesen würden. Auch in schwerster Zeit läßt sich also unendlich viel tun, um die sozialdemokratische Presse nicht nur zu erhalten, sondern sie auch vorwärts zu bringen.

So berechtigt also auch der Ruf an die Regierung ist, der heute durch alle Blätter geht, so darf die sozialdemokratische Presse auch ihre Leser und Parteigänger anrufen, bei denen die eigentliche Entscheidung liegt. Denn darüber darf man sich nicht täuschen, daß es nicht damit getan ist, wenn es gelingt, die Produktionskosten des Zeitungsgewerbes hinter dem allgemeinen Preisaufstieg um etwas zurückzuhalten. Der schlimmste Feind der Zeitung ist der leere Speiseschrank, ist die Berechnung, daß man die ersparten Abonnementgelder anderwärts „nützlicher“ anlegen könnte. Es ist letzten Endes die allgemeine Verelendung, die den Bestand der Presse bedroht und das allgemeine Kulturniveau drückt.

Eine selbstbewußte, ihre Aufgabe klar erkennende Arbeiterklasse wird ihre Presse schützen. Sie wird dafür sorgen, daß im allgemeinen sozialen Niedergang wenigstens nicht auch noch der Pfad mitverschüttet wird, der wieder nach oben führt.

### Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß trat gestern im Reichstag zusammen. Zur Erörterung standen in der Hauptsache Organisationsfragen. Besprochen wurde, wie bereits gemeldet, den diesjährigen Parteitag für die zweite Septemberhälfte nach Augsburg einzuberufen. Die Waise soll durch Arbeitsruhe gefeiert werden, der Verkehr aber in der Form aufrechterhalten werden wie an Sonntagen. Ueber gemeinschaftliche Feiern mit den unabhängigen sollen die einzelnen Organisationen entscheiden. Mit den Kommunisten kommt ein Zusammengehen nicht in Frage. Die in Oberschlesien getroffenen Maßnahmen wurden vom Parteiausschuß gutgeheißen. Für den Tag der Uebergabe Polnisch-Oberschlesiens haben die Rechtsparisien Trauerkundgebungen geplant. Unsere Genossen lehnen die Teilnahme ab, weil angesichts der noch bestehenden Orgesch-Organisationen nationalistische Ausschreitungen befürchtet werden müssen.

Am Donnerstag wird der Parteiausschuß gemeinsam mit den Redakteuren der Parteipresse die politischen Tagesfragen besprechen.

### Der Tag der Rache.

Von C. Rath-Schönholz.

Man schrieb das Jahr 1942! Zwanzig Jahre hatte ich mit meinem Weibe und meinen sieben Kindern in einem licht- und wasserlosen Raum gehaust, zwanzig Jahre war ich Dienstag und Freitag in die Sprechstunden aller erdenklichen Wohnungsinstanzen gepilgert, hatte versucht, meine Kinder zur Rache zu erziehen und ihnen über den langen Strohhalm, der unser gemeinsames Lager bildet, in den grünlichen Schimmelpilz, der als Ästernier die Wand bemucherte, die fürchtbaren Worte graben lassen: Gedenket des Wohnungsamtes! — verbunden: Sobald sie majorena wurden, heirateten sie oder zogen möbliert — zum Teil schon vorher. Da hielt ich den Tag der Rache für gekommen!

Heimlich verschaffte ich mir am 370. Großlampstoge gegen die Ratten Algroßberlins hundert Rationen Gift und besetzte mein Weib und die letzten drei Kinder. Darauf trank ich drei Flaschen Reichslikör und betraufete mich: Das Haupt bedeckte ich vorsorglich mit einem Stahlhelm, den ich von einem sterbenden Mitbewohner für 20 000 M. erworben hatte. In die linke Recktasche steckte ich einen verrotten Armredolch, die rechte füllte ich mit Eierhandgranaten, die ich von der kommunistischen H.K.O. (Hydratampfororganisation) auf Schleichwegen in meine Höhle geschleppt hatte — ich war gerüstet!

Beim Tage lang umkreiste ich das gewaltige, dreißig Stock hohe Turmbau, das den 1925 noch ungebaut gewesen Teil des Tempelhofer Feldes bedeckte. Ursprünglich war es zur Unterbringung sämtlicher noch bestehenden Kriegesgefangenen errichtet worden, doch noch ehe es von diesen bezogen ward, verfügte der Oberzentralwohnungsamtminister die Beschloßnahme, und vier Wochen später stellten sämtliche Wohnungsämter ihre Räume volutärrätigen Ausländern zur Verfügung und siedelten in das Turmbau über.

In einem unbewachten Augenblick gelang es mir, ungesehen in diesem Labyrinth zu verschwinden. Bewirrt musterte ich die vielen Türen — überall glöhte in fürchterlichem Rot das Wort „Geschlossen!“ auf mich herab. Vaterosterfahrtsfähle kletterten unerträglich auf und ab. Auf gut Glück sprang ich hinein und stieg in irgendeinem Stockwerk aus. Es war unheimlich still. Es roch nach lauter Arbeit. Ich schaute die langen Gänge hinab — in der Ferne sah ich eine Türe des öfteren auf- und zuklappen — dort mußte etwas los sein. Wie ich hinsah, war auch etwas los. Es war der Abort, der sich lebhaften Besuches erfreute. — Ich schlich verzweifelt weiter. Endlich vernahm ich ein lautes Summen, wie es nur große Menschenmengen hervorzubringen vermögen. Bald gähnte vor mir eine unheimliche Halle, die gefüllt. Es war der Wartesaal, und von Zeit zu Zeit hörte ich irgendeine Beamtenstimme schnarren: Nr. 12 708! — Nr. 13 290!

Wir ward über. Ich ließ wie geistesblind. Da fiel mein Blick auf ein prächtiges Bild: Oberzentralwohnungsamtndirektor! Den hatte ich schon lange im Auge! Ich drückte auf die Klinke — die Tür gab nach, und schon stand ich im Zimmer des Allgewaltigen. Er schaute nicht einmal auf, sondern war beschäftigt, sein Frühstück zu verzehren. Ich brüllte ihn an: „Schurke, deine Stunde ist gekommen! Nicht länger mehr wirst du —“ Er hob langsam den Kopf und lächelte: „Etwas lauter, bitte! Ich bin an eine andere Tonart gewöhnt!“

### Der „Wiking“.

#### Die Zeitschrift der Organisation Consul (Ehrhardt).

Während der Staatsanwalt von Offenburg überall in Deutschland den Mitgliedern der Geheimorganisation Consul (Ehrhardt) nachspürt, läßt diese leeren Ruhe in München — wo auch sonst? — eine Zeitschrift erscheinen, die sich „der Wiking“ nennt. Doch es sich um nichts anderes handelt, als das Organ der Geheimbündler, geht aus folgender Erklärung hervor, die an der Spitze von Nr. 1 des 2. Jahrgangs prangt:

Im September mußte der „Wiking“ sein Erscheinen einstellen, ohne die Möglichkeit zu haben, seinen Lesern die Gründe hierfür mitzuteilen. Wir können heute beim ersten Wiedererscheinen des „Wiking“ die Ursache erklären und teilen unseren Lesern mit, daß die Unterbrechung zwangsläufig erfolgte, da der gesamte Redaktionsstab wegen Verhaftung der Geheimbündler mehrere Monate in Anstrengungslage lag.

Unter den Mitarbeitern finden wir denn auch die Namen der feinerzeit verhafteten Ehrhardt-Offiziere, Kapitänleutnant a. D. Kauter u. a. m. Ueber den Inhalt ist nicht viel zu sagen: er ist eine wütende, mit Beschimpfungen untermischte Protesterklärung gegen die Reichsregierung. Noch schlimmer freilich kommen die Deutschnationalen weg, die diesen Böllereien viel zu schlapp sind. So macht sich z. B. ein Mitarbeiter wüthlich lustig über die von den Deutschnationalen gegründete „Hergt-Spende“. Gegen die Geldsammlung selbst hat er nichts einzuwenden, aber:

Unersichtlich ist es, weshalb sich mit einer solchen Maßnahme nun gleichzeitig eine politische Geschmacklosigkeit verbinden muß, wie sie sich in der Wahl der Bezeichnung „Hergt-Spende“ kundgibt. Erinnert man sich der verschiedenen Bismarckspenden, der „Hindenburg“ und der „Ludendorff-Spende“, die sämtlich der Opferwilligkeit des nationalen Deutschland ihre Entstehung verdanken, so wirkt es doch wohl reichlich grotesk, wenn sich dem Kreise dieser Namen und Sammlungen nun plötzlich der Name des politischen Sellanzers und Leiterers Hergt als vierter im Bunde gesellt. Bismarck — Hindenburg — Ludendorff — Hergt: wer vermöchte die unfreiwillige Komit einer solchen Zusammenstellung nicht zu empfinden. Denn Hergt, nicht wahr, das ist doch der Mann der „Bereitschaft zur positiven Mitarbeit“, der Sehnsucht nach einem republikanischen Ministerkabinet, kurzum — eine der festesten Stützen eines Systems, das längst hätte zusammengeklappt werden sollen.

Armer Hergt! Es ist rechts nicht anders als links. Man mag sich noch so rechtsradikal gebärden, immer findet sich die schärfere Konkurrenz, die beweist, daß der angebliche Rablatte längst mit dem Bestehenden paktiert hat. Die Ehrhardt-Beute sind für Hergt, was die Kommunisten für die Unabhängigen sind. Und es geschieht ihm recht.

### Ueberteuerungszuschüsse für Eisenbahner.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ teilt mit:

Die am 23. Januar begonnenen Verhandlungen über die neue Festsetzung der Ueberteuerungszuschüsse, die von der Regierung nach Beendigung des ersten Eisenbahnerstreikes zugesagt wurden, sind jetzt zum Abschluß gekommen. Die Zahl der Orte, die nach dem in Geltung befindlichen Lohnstarifvertrag Ueberteuerungszuschüsse erhielten, hat sich erheblich vermehrt. Auch die Beträge (10 Pf. pro Stunde im ungünstigsten und 40 Pf. im günstigsten Falle) sind beträchtlich erhöht worden. Insgesamt werden Ueberteuerungszuschüsse in 1204 Orten gezahlt. Sämtliche Eisenbahndirektionsbezirke mit Ausnahme von Königsberg sind daran beteiligt. Der Bezirk Königsberg hat deshalb keine Berücksichtigung gefunden, weil die Löhne der Privatindustrie hinter die Löhne der Eisenbahner zurückgetreten sind. Doch wird uns versichert, daß die Löhne der Handarbeiter die Löhne der Industrie überragen. Von den rund 1200 Orten erhalten:

103 Orte 2,50 M. pro Stunde, 48 Orte 2 M. pro Stunde, 1 Ort 1,50 M. pro Stunde, 43 Orte 1,75 M. pro Stunde, 29 Orte 1,60 M. pro Stunde, 32 Orte 1,50 M. pro Stunde, 38 Orte 1,30 M. pro Stunde, 79 Orte 1,25 M. pro Stunde, 7 Orte 1,20 M. pro Stunde, 16 Orte 1,10 M. pro Stunde, 141 Orte 1 M. pro Stunde, 6 Orte 90 Pf. pro Stunde, 89 Orte 80 Pf. pro Stunde, 51 Orte 75 Pf. pro Stunde, 97 Orte 70 Pf. pro Stunde, 144 Orte 60 Pf. pro Stunde, 71 Orte 50 Pf. pro Stunde, 111 Orte 40 Pf. pro Stunde, 98 Orte 30 Pf. pro Stunde.

Ich geriet in Wut und zückte den Dolch — ich kürzte mich auf ihn, verfehlte ihm drei, vier Stiche: Er lächelte! Ich schah aus dem Revolver alle acht Kugeln auf ihn ab — er nieste und schüttelte sich vor Lachen! Ich schleuderte ihm zwei Eierhandgranaten in den geöffneten Mund — er schluckte sie hinunter! Da schrie ich wie ein Berserker: „Ich habe mit Genehmigung des Wohnungsamtes eine Bierzimmerwohnung bekommen, obwohl ich Reichsdeutscher bin!“ Da röchelte er, ward blau, schwarz — und plopte!

### Chauvinistische Verhöhnung der Berliner Schuljugend.

Der nachstehende Protest wird am Freitag vom Vorstand des „Bundes entschiedener Schulkollegen“ an den Kultusminister abgefaßt werden: „Alle vorurteillos und gerecht denkenden Deutschen müssen protestieren gegen die Jugendverhöhnung, die zurzeit in der Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag“, Wilhelmstr. 34, betrieben wird. So richtig und wünschenswert es an sich ist, daß der heranwachsenden Jugend die unerträglichen Lasten und Härten des Versailles Friedensvertrags vor Augen geführt werden, so notwendig ist es auch, daß die Belehrungen in sachlicher und wissenschaftlich einwandfreier Weise erfolgen. Das ist in der Ausstellung in der Wilhelmstraße nicht der Fall. Stattdessen werden in der optischen Darstellung zugunsten Deutschlands tendenziös entstellt, der Völkerverbund und der Völkerverbund erscheinen auf Abbildungen als eine Gesellschaft von Räubern und Banditen, von den Grenzpartisanen des Deutschen Reichs, selbst von solchen, die nicht mit uns im Kriege waren, wird in herabsetzender Weise gesprochen und viele andere mehr, das geeignet ist, in der Jugend die Selbstverhöhnung und den Völkerverhöhnung zu veranlassen. Die Ausstellung in ihrer jetzigen Form ist eine Fortsetzung jener unheiligen Propaganda aus der Kriegszeit, die unserm Vaterlande in der ganzen Welt so unendlich geschadet hat. Tagtäglich werden die Klassen der Berliner Schulen unter Ausfall des Unterrichts dorthin geführt und im Geiste der Völkerverhöhnung von chauvinistischen Rednern bearbeitet. Es ist dringend notwendig, daß der Herr Minister den Schulen den Besuch der Ausstellung solange verbietet, bis für eine sachliche und unparteiische Darstellung des Friedensvertrags gesorgt ist. Vor allem müssen die Vorträge der bezahlten Ausstellungsführer untersagt werden. Deutschland hat nur dann Aussicht auf eine Besserung seiner Lage, wenn es endlich aufhört, seine Mitschuld an der Not unserer Zeit zu leugnen, und seine Jugend im Geiste der Wahrheit und Gerechtigkeit erzieht.“

Abel, was tatest Du an Deiner Patrie? Wenn sich zwei Schauspieler in eine Ecke der Bühne zurückziehen und entsprechend dem Regiebuch ein Gespräch markieren, so ist anzunehmen, daß sie dabei über die gleichgültigsten Dinge plaudern, die mit dem Stück nicht das mindeste zu tun haben. Dagegen läßt sich natürlich nichts einwenden, und sie mögen sich mitten in einem Drama die schlimmsten Jotes gegenseitig erzählen, wenn sie nur dabei ernst bleiben und das Publikum nicht geföhrt und abgelenkt wird. Dagegen muß aber unbedingt Einspruch erhoben werden, daß ein Schauspieler, in dem irrthümlichen Glauben, nicht gesehen zu werden, sich Besten erlaubt, die von denjenigen, die sie zufällig beobachten konnten, höchst unangenehm empfunden werden. Am letzten Sonntag im Theater

Das Ergebnis ist nach einer gründlichen Würdigung und unter Berücksichtigung der Industriehöhe, vor allem der Löhne der Metallindustrie, zustande gekommen. Allerdings dürfen die durch die Ueberteuerungszuschüsse erhöhten Stundenlöhne nicht mehr zeitgemäß sein, denn sie berücksichtigen nur den ungefähren Stand von Mitte Januar d. J. Inzwischen hat eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe ihren Anfang genommen. Diese Bewegung erstreckt anlässlich der weiteren Geldentwertung eine allgemeine Erhöhung der Bezüge. Die für die Eisenbahnarbeiter festgesetzten Ueberteuerungszuschüsse gelten bekanntlich auch als widerrufliche Wirtschaftsbefehle für die Beamten. Von einer Befreiung der Ueberteuerungszuschüsse wird auch trotz Erhöhung der allgemeinen Bezüge in absehbarer Zeit nicht die Rede sein können, weil durch den Ueberteuerungszuschlag eine Annäherung an die Industriehöhe versucht wird. Der von der Deutschen Volkspartei im Reichstag gestellte Antrag auf Befreiung der widerruflichen Wirtschaftsbefehle dürfte deshalb kaum eine Mehrheit finden.

### Eberts Abschied von Leipzig.

Reichspräsident Ebert hat gestern nachmittag Leipzig verlassen. Zur Verabschiedung hatten sich der Oberbürgermeister Dr. Rothe und der Reichsamtpräsident Dr. Roehler auf dem Hauptbahnhofe eingefunden. Beim Abschied sprach der Reichspräsident nochmals mit Worten des Dankes seine Anerkennung für die großen Leistungen der Messe aus. Mit dem Reichspräsidenten traten der Reichsfinanzminister und Vizeminister Bauer, der Reichsminister des Innern Dr. Köster, der Reichsjustizminister Dr. Radbruch, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Ministerialdirektor Wehner die Rückreise an.

Die bereits gestern abend gemeldete Ansprache des Reichspräsidenten an den Präsidenten und die Mitglieder des Reichsgerichts war die Antwort auf die Begrüßungsworte des Reichspräsidenten beim Frühstück; zuvor waren die Reichspräsidenten vorgestellt worden und der Reichspräsident mit dem Reichsjustizminister haben je einer Zivil- und Straffenatsitzung beigewohnt.

Am Abend des vierten Westtages in Leipzig hatte die Gesamtzahl der rein geschäftlichen Besucher, an die Dauerausstellung für beliebigen häufigen Besuch der Frühjahrmesse ausgegeben waren, 135 000 überschritten. Es ist dies eine Zahl, die bei früheren Messen erst am Schluß erreicht wurde. Ob es sich diesmal um eine außerordentliche Zusammenballung des Verkehrs auf die ersten Tage handelt, läßt sich noch nicht sagen. Das Messengeschäft war auch am Mittwoch noch recht lebhaft. Auch in der Technischen Messe hält der Besuch ungeschwächt an. Das Geschäft in Werkzeugmaschinen ist, soweit überhaupt noch Ordnung gebucht werden, andauernd lebhaft. Auch bei Wagen und Prümmaschinen, bei denen das Geschäft erst später eingesetzt hat, entwickelt es sich zufriedenstellend, ebenso kann man bei allen anderen Abteilungen von einem guten Geschäft sprechen.

### Streichungen im Auswärtigen Amt.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm in fortgesetzter Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes folgende Abstriche und Einschränkungen vor: Von sieben Ministerialdirektoren sollen in Etat zwei als am 31. Dezember 1922 wegfällig bezeichnet werden. Das gleiche soll von 40 vortragenden Legationsräten bei fünf Gesandten, von 25 Legationsräten erster Klasse bei vier, von 25 Legationsräten und Legationsräten ebenfalls bei vier und von neun Ministerialoberregistratorinnen bei zwei. Der Etat der Presseabteilung der Reichsregierung wurde ebenfalls um 1 1/2 Millionen gekürzt. Auch bei den Vergütungen und Diäten an nicht festangestellte Beamte und an nichtbeamtete Kräfte bei den gesandtschaftlichen Behörden usw. wurden insgesamt 1 430 000 M. gestrichen. Nach einer längeren Aussprache über die Reform unseres auswärtigen Dienstes wurde der Etat bewilligt.

Der Hauptausschuß wandte sich dann dem Etat des Reichsministeriums des Innern zu und behandelte in teilweise vertraulicher Debatte das Thema Eich-Vorhänge.

in der Königgräher Straße konnten die Besucher der oberen Striben während des ersten Aktes der „Bunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler“ ein Schauspiel wahrnehmen, das um so widerwärtiger auf sie wirken mußte, als es sich während einer ersten und höchst dramatischen Szene ereignete. Die Mutter der Julia ist beim Unfall ihrer für das Kloster bestimmten Tochter in den Armen des Kapellmeisters zusammengebrochen. Doch setzt der Vater Ignazus seinen Willen durch und klopft nun jauchend der Mutter auf den Rücken, um ihr seinen „Sieg“ mitzuteilen. So wenigstens dürfte es im Regiebuch stehen; es ist aber darin sicherlich nicht vorgesehen, daß Herr Alfred Abel der Frau Richard in dem Raden sekundenlang krabbelt. Das konnte aber alle Zuschauer des zweiten Aktes, auch ohne Fernglas, genau beobachten. Wir glauben nicht, daß Frau Richard dieses Kribbeln mit ihrem Partner vereinbart hatte. Herr Abel, der bekanntlich ein Führer der „Prominenten“-Bewegung ist, dürfte sich wohl gedacht haben: Hauptache ist, daß die Herrschaften auf den lederen Flächen nichts davon merken, denn die sind es ja vor allem, die für unsere hohen Sagen sorgen. Auf die Protesten in den oberen Rängen brauchen wir keine übertriebenen Rücksichten zu nehmen — zumal bei der 23. Aufführung. . . .

Sozialistischer Studentenkongress in Leipzig. Der Sozialistische Studentenkongress Deutschlands veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 17. März in Leipzig einen Kongress sämtlicher sozialistischen Studenten Deutschlands, der grundlegende Bedeutung für die sozialistische Studentebewegung Deutschlands erlangt wird. Er soll eine leistungsfähige organisatorische Grundlage der Bewegung schaffen, daneben werden die Fragen der sozialistischen Intellektuellen, ihre Stellung zum handarbeitenden Proletariat, ihre Aufgaben im Rahmen der Gesamtbewegung des Proletariats zur Erörterung kommen. Eine besondere Rolle wird die Logung erhallen durch die Teilnahme des österreichischen sozialistischen und kommunistischen Studentebundes. — Der Kongress wird im Leipziger Volkshaus stattfinden. Dasselbst ist ab 12. März für Delegierte und Gäste ein Auskunfts-Bureau eingerichtet. Auskünfte erteilt Otto Stammer, Leipzig, Blumengasse 3.

Richard Schöne, der frühere Generaldirektor der königlichen Museen, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Länger als drei Jahrzehnte, von 1874—1905, hat er unsere staatlichen Sammlungen geleitet und sein Verdienst bestand hauptsächlich darin, daß es ihm gelang, eine Reihe ausgezeichnete Fachleute — darunter Vippmann, Thubni, Bastian, Jessen und Wilhelm Bode — als Mitarbeiter zu gewinnen. Er war kein Mann von Weitblick und Initiative, aber ein tüchtiger Verwaltungsbeamter.

Die Thoma-Ausstellung in der Nationalgalerie wird am Sonntag, den 11. mittags 12 Uhr, eröffnet.

Auf der März-Ausstellung des „Sturm“, Potsdamer Str. 134a, werden ausgestellt: Gemälde des französischen Kubisten Fernand Leger und Gemälde und Reliefs des skandinavischen Expressionisten Billi Sauermaier. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 10—6, Sonntag von 12—9 Uhr.

Der „Reigen“ ohne Theaterfabrik. Dienstag hat in Wien eine neue Sitzung die Wiederaufführung von Schillers „Reigen“ stattgefunden. Wegen einmalige Demonstrationen waren von der Polizei Vorkehrungen getroffen worden.



# Preussische Volksschuldebatte.

Der Landtag kam gestern in der Beratung des Kultusetats zum Volksschulwesen. Abg. König-Ewinmünde (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die Debatte eröffnet

## Abg. Gaertig (Soz.):

Die Volksschule ist auch heute noch das Stiefkind des Kultusministeriums. Nur 52 Millionen Mark Staatsgelder werden für sie verwendet. Trotz der traurigen Finanzlage wäre es möglich, genügend Mittel flüssig zu machen, wenn man sich zu einer gerechten Steuerpolitik entschließen könnte. Die Mittelschulen wollen wir nicht zerschlagen, bevor nichts Besseres an ihre Stelle gesetzt ist. Wir wenden uns aber gegen Neugründungen und fordern, daß sie den Kreislehrern unterstellt werden. Die

### akademische Lehrerbildung

fordern wir im Interesse der Erziehung. Der Einwand, daß sie zuviel Geld kostet, trifft nicht zu. Die Kreislehrerstellen sollten ausschließlich den Volksschullehrern vorbehalten bleiben. Die deutschen Nationalen Vorwürfe gegen sozialdemokratische Kreislehrer sind unberechtigt. In der Frage der Lehrerräte sollte sich der Minister nicht hinter das Reich verstecken, sondern selbst die Initiative ergreifen. Wir wollen den

### Ausbau der Elternbetriebe

und wünschen, daß sich der Unterrichtsausschuss demnächst damit beschäftigt. Für die Lehrer fordern wir das Wahlrecht zu den Schuldeputationen. Bisher bekamen die studierenden Lehrer auf Anordnung des ehemaligen Ministers Haensch ihr Gehalt und mußten davon lediglich die Stellvertretung bezahlen. Die Landesschulkasse hat mit dieser Vergünstigung aufzuräumen. Wir wünschen aber, daß sie wieder eingeührt wird. Die Not der Junglehrer erheischt gebieterisch Abhilfe. In fünf Jahren werden wir vielleicht 36 000 junge Lehrer haben bei ca. 60—80 000 Lehrerstellen überhaupt. Um der Not zu steuern, muß zunächst das Einziehen von Lehrstellen verboten werden, frei werdende Lehrstellen müssen sofort besetzt werden und neue Stellen da geschaffen werden, wo mehr als sechs Schüler in einer Klasse sitzen. Das sind natürlich nur vorläufige Mittel. Die Lehrerbildungsanstalten werden sich darüber hinaus schon jetzt auf die Allgemeinbildung umstellen müssen. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Gottwald (Ztr.) wünscht bei der Reform der Lehrerausbildung besondere Berücksichtigung der Landesschule.

Abg. Lukassowich (Dnol. Sp.): Wir stehen auf dem Boden der Befennisschule und werden Mittel und Wege finden, unseren Willen durchzusetzen.

Abg. Frau v. Kuleja (D. Sp.): Bei der Einrichtung der Schulen dürfen nicht politische, sondern müssen pädagogische Gesichtspunkte gelten. Dem Bildungsziel des Abg. Haensch, wirtschaftlich denkende Menschen zu erziehen, setzen wir als Ziel die Erziehung christlich denkender Menschen entgegen.

### Kultusminister Voelck:

Nach einer Statistik vom 20. Oktober 1921 kommen auf insgesamt 117 000 Stellen rund 28 000 Bewerber. Davon sind 34 Proz. ohne Beschäftigung. Es ist nur eine Frage, daß die Hauptursache für diese Not der verlorene Krieg ist. Seit 1920 erfolgten keine Maßnahmen mehr in die Präparandenanstalten. Sobald sämtliches Material vorliegt, wird man daransehen müssen, zunächst die ältesten Jahrgänge anzustellen und mit Vertretungen zu beschäftigen. Neue Lesebücher können wir nicht schaffen, bevor nicht Richtlinien für die Lehrpläne geschaffen sind; die Herausgabe ist im Herbst dieses Jahres zu erwarten. Dann haben wir die Grundlage für eine Umgestaltung unseres Volksschulwesens geschaffen. Die Lehrerräte haben sich in der Regel sehr gut bewährt. Das Reichsgesetz über Beamtenverteilung wird abgeworfen werden, ehe in Preußen grundlegende Änderungen an dem Rechtszustand der Lehrerräte vorgenommen werden.

Die Zahl der Kinder, die auf Wunsch ihrer Eltern am Religionsunterricht nicht teilnehmen,

ist von 33 890 auf 117 794 gestiegen. Das sind 22 Proz. aller Schulkinder in Volks- und Mittelschulen. Dagegen ist die Gesamtzahl der Lehrer, die sich weigerten, Religionsunterricht zu erteilen, von 663 auf 625 zurückgegangen. Von 115 271 Schülern und Lehrerinnen in Preußen weigern sich im ganzen 625 Religionsunterricht zu erteilen.

Abg. Holz (U. Soz.) wünscht Abbau der Mittelschulen. In der Schule ist die wissenschaftliche Erkenntnis zu fördern, der Sinn für Ideale, Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit. Unser ganzes Schulwesen ist von jeder ein Mittel des Klassenkampfes gewesen. Wir streben die Aufbauschule an, bei der der Aufstieg gerecht gehandhabt wird.

Abg. Kimpel (Dem.): Wenn der Minister sich auf den Boden der Demokratie stellt, so muß er die Volksbildung steigern, denn sie ist die Vorbedingung der Demokratie. Wahre Bildung obliegt den einzelnen, aber auch die Volksoffen. Wir denken nicht daran, die in der Verfassung festgelegte Konfessionsschule abzuschaffen, aber wir wollen uns auch die ebenso verfassungsgemäß zugelassene weltliche Schule nicht nehmen lassen.

Um 5 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr verlagert.

## Gewerbe und Handelsaufsichtsämter.

Nach § 157 der deutschen Reichsverfassung steht die Arbeiterschaft unter besonderem Schutz des Reiches. Das Reich hat daher nicht nur für ausreichende Schutzbestimmungen, sondern auch dafür zu sorgen, daß diese gesetzlichen Schutzbestimmungen durchgeführt werden. Die Durchführung hat die Gewerbeaufsicht zu überwachen. Die Gewerbeaufsicht überwacht jedoch in der Hauptsache nur die gewerblichen Betriebe, kommt also hauptsächlich den Handarbeitern zugute, während für die Angestellten in den Handelsbetrieben, Banken und Versicherungen eine derartig segensreiche Einrichtung bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht existiert. Allerdings ist die Überwachung der Durchführung der Angestelltenbeschützbestimmungen ebenfalls der Gewerbeaufsichtsämtern übertragen, diese sind jedoch bereits derart mit Arbeit überlastet, daß sie eine Kontrolle von Handelsbetrieben nur auf ausdrückliche Beschwerde vornehmen können. Es kommt hinzu, daß die Kontrolle über den Angestelltenbeschütz am wirksamsten ausgeübt werden kann durch Beamte, die aus den Reihen der Angestellten hervorgegangen sind.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich auf ihrer letzten Reichstagung mit der Frage des Ausbaues der staatlichen Handelsaufsicht ausgesprochen. Dem Zentralverband der Angestellten ist es gelungen, in dieser Beziehung bei einzelnen Ländern gewisse Erfolge zu erzielen. Für das gesamte Reichsgebiet sind aber bisher nur 37 Handelsaufsichtsbeamte tätig. Es muß aber gefordert werden, daß mindestens ebensoviel Handelsaufsichtsbeamte eingestellt werden, daß jeder Handelsbetrieb einmal im Jahre kontrolliert werden kann. Um das Aufgabengebiet der Gewerbeinspektionen den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend zu erweitern, ergibt sich organisch die Notwendigkeit, die gegenwärtigen Gewerbeaufsichtsbezirke in Gemeinde- und Handelsaufsichtsämter umzuwandeln. Damit würde schon rein äußerlich der erweiterte Aufgabekreis gekennzeichnet. Er darf sich jedoch nicht nur erstrecken auf die gesetzlichen, sondern muß auch auf die tarifvertraglichen Schutzbestimmungen ausgedehnt werden.

Da die Erfüllung dieser Forderungen nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung möglich ist, hat der Zentralverband der Angestellten in einer eingehend begründeten Eingabe an den Reichstag eine entsprechende Änderung des § 139 b der Gewerbeordnung bean-

tragt. Durch die Erfüllung des Antrags würden die einzelnen Länder reichsgesetzlich gezwungen die Handelsaufsicht auszuführen. Zur Begründung des Antrags sind seitlich die Erfahrungen und Berichte der Handelsaufsichtsbeamten, soweit sie bereits tätig sind, verwandt. Es würde zu weit führen, wollte man nur die wichtigsten Tatsachen dieser Berichte hier wiedergeben. Nach ihrem Studium kann man ohne Übertreibung sagen, daß für einen großen, wenn nicht den größten Teil der Angestellten die gesetzlichen Schutzbestimmungen praktisch ohne Bedeutung sind. Bei gerechter Würdigung der ganzen Materie wird sich der Reichstag der Tatsache nicht verschließen können, daß die geforderten gesetzgeberischen Maßnahmen unbedingt und mit größter Schnelligkeit getroffen werden müssen.

## Die Neuregelung der Beamtengehälter.

In Ergänzung des Berichts im gestrigen Abend-„Vorwärts“ ist aus dem 23. Ausschuss des Reichstags noch zu melden:

Auf mehrfaches Verlangen teilte ein Regierungsvertreter

### die Absichten der Regierung

in bezug auf die Neuregelung der Besoldungsfragen mit. Danach ist die Regierung der Auffassung, daß die Grundgehälter erheblich erhöht werden müssen, und daß das bei den unteren Gruppen in bedeutend stärkerem Maße zu geschehen habe, als bei den mittleren und oberen. Die riesig steigende Teuerung werde von niemandem verkannt. Allerdings könnten phantastische Forderungen von 8000 bis 10 000 M. Erhöhung, wie sie vereinigt für die unteren Gruppen gestellt wurden, nicht in Frage kommen. Voraussetzlich werde man für diejenige Gruppe, die die meisten Beamten umfasse (Gruppe 3) durch einen Zuschlag ein Gehalt erreichen, das für diese Gruppe angemessen sei. Hieron ausgehend dürfe sich dann der Ausbau der Besoldungstabelle vollziehen. Eine gleichmäßige, prozentuale Steigerung des Gehaltes von Gruppe zu Gruppe, wie es von der Deutschen Volkspartei gewünscht wird, sei nicht möglich, weil die Endgehälter der einzelnen Gruppen nicht mehr in dem früheren Verhältnis von 1 zu 2 ständen, und infolgedessen sowohl bei den einzelnen Gruppen als auch bei den Endgehältern ungleich hohe Beträge zurechtgestellt werden müßten. Das wäre für die unteren Gruppen unerträglich. Die Wirtschaftsbekämpfer werden nach Ansicht der Regierung nicht befähigt werden können. Es gäbe kein anderes Mittel, als die tatsächlich vorhandenen

### riesigen örtlichen Unterschiede in der Teuerung

auch zwischen Orten der Ortsklasse A auszugleichen. Es müsse zugegeben werden, daß z. B. zwischen Breslau und Essen (beide Ortsklasse A) ein großer örtlicher Unterschied in der Teuerung bestehe. Dem müße Rechnung getragen werden. Ferner ist eine Erhöhung der Kinderzulage in Aussicht genommen; auch die Einführung einer Frauenzulage wird erörtert. Ob die Regierung sich hierzu entschließen wird, steht vorläufig noch nicht fest.

Abgeordnete der verschiedenen Parteien erklärten sich fast durchweg mit der Erhöhung der Grundgehälter einverstanden, widersprachen jedoch der Einführung einer Frauenzulage.

Genosse Steinkopf fragt, nach welchen Grundrissen der Ausbau der Besoldungstabelle erfolgen soll. Er bittet, bei Feststellung der Existenznorm der untersten Gruppe nicht die Reichsindexziffer unberücksichtigt zu lassen, und warnt davor, etwa die Existenznorm als Besoldung für Gruppe 3 als ausreichend anzusehen. Weiter wünscht er darüber Auskunft, ob der Ortszuschlag und das jetzige System der Teuerungszuschläge bestehen bleiben sollen, oder ob auch hierin Änderungen vorzuziehen sind. Steinkopf erhebt die Forderung dringend, von der Wiedereröffnung der gleichen prozentualen Teuerungszuschläge abzusehen, da das allgemeine Erbitterung, wie früher, auslösen würde. Der Ausschuss des Reichstags hat sich, ein ungelerner Arbeiter dürfe nicht mehr verdienen als ein Beamter, tritt Steinkopf entgegen, indem er feststellt, daß das z. B. bei Bergarbeitern und Arbeitern in gesundheitsgefährlichen Berufen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Jeder einsichtsvolle Beamte sehe ein, daß man Arbeitern der genannten Kategorie ein Mehr bewilligen könne.

Im gestrigen Abend-„Vorwärts“ muß der auf Seite 11 des Berichts über den 23. Reichsausschuss beginnende Satz richtig heißen: „Die Uebersteuerungszuschläge können nicht beseitigt (statt beseitigt) werden, weil es anders nicht möglich ist, die Unterschiede in der örtlichen Teuerung auszugleichen.“

## Die Kapitalverkehrssteuer.

Der Steueraussschuss des Reichstages beendete die Beratungen über das Kapitalverkehrssteuergesetz. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Steuer auf 3 Proz. des steuerpflichtigen Betrages bei Gesellschaften m. b. H. und einem Stammkapital von nicht mehr als 100 000 M. ermäßigt. Erhöht eine Gesellschaft m. b. H. ihr Stammkapital über diesen Betrag hinaus, so ist die Steuer von dem gesamten Stammkapital zu entrichten. Der Volkspartei Rieher verwarf, die in dem § 84 vorgegebene Steuerbefreiung in eine „Prüfung“ abzumachen. Mit Zustimmung der Regierung wurde anlässlich des Antrages Rieher folgende Fassung beschlossen: „Der Nachprüfung zwecks Durchführung des Gesetzes unterliegen . . .“ Ein weiterer Antrag der Volkspartei verwarf, dem Gesetz die vorgegebene rückwirkende Kraft zu nehmen. Demgegenüber erklärte ein Regierungsvertreter, daß dann dem Reiche ein Steuerbetrag von mindestens 10 Milliarden Mark verloren gehen würde. Diesen Tatsachen konnten sich auch die Antragsteller nicht verschließen. Die Volkspartei ließ deshalb ihren Antrag im Stich.

Damit war die zweite Lesung des Kapitalverkehrssteuergesetzes beendet und das letzte Steuerrecht im Ausschuss verabschiedet. Sobald die Berichte fertiggestellt sind, und eine Einigung über die Zwangsanleihe wie das Montanergesetz erzielt ist, wird die zweite Beratung im Plenum des Reichstages erfolgen.

## Ein Danaergeschenk.

Die Autonomie des Remeslandes marschiert. Ob auch die Freiheit? Oberkommissar Périsse hat, so heißt es in einer amtlichen Meldung, eine Verordnung erlassen, durch die die Befugnisse des Präsidenten des Landesdirektoriums erweitert werden. Es wird verfügt, daß der Präsident des Landesdirektoriums in Zukunft die amtliche Bezeichnung Landespräsident führen wird. Die Dienstgeschäfte, für die bis zur Abtrennung des Remeslandes von Deutschland der Oberpräsident zuständig war, werden, soweit sie bisher auf das Landesdirektorium noch nicht übergegangen waren, dem Landespräsidenten übertragen werden. Die Funktionen des Justizministers h. m. der Staatsregierung in Justizsachen, die bisher vom Oberkommissar ausgeübt wurden, werden dem Landespräsidenten für den Bereich der inneren Justizverwaltung des Remesgebietes übertragen. Soweit liegt sich die Meldung recht gut und man ist versucht, die Remeslandbewohner zu ihrem Erfolg zu beglückwünschen. Aber der Pferdeschuh hinterdrein. Ausgenommen von diesen Bestimmungen bleiben nämlich alle militärischen Angelegenheiten, Polizeiverwaltung, die Anstellung höherer und mittlerer Justizbeamter und die Ausübung des Gnadenrechts. Das heißt also auf gut Deutsch: verwalten und arbeiten dürft ihr, ihr Remesländer, aber herrschen und verfügen, das behalten wir uns vor, wir Herren Franzosen; wer nicht pariert, der fliegt. Nun ja, es gibt Leute, die auch darin einen Fortschritt sehen.

Verhaftung eines KPD-Parlamentarikers. Das sozialistisch verfolgte kommunistische Bürgerchaftsmitglied Köppen ist in Hamburg verhaftet worden. Köppen war seit den letzten Märztagen, an denen er als Führer beteiligt war, flüchtig.

## Die Verfassungsfrage in Danzig.

Die sozialdemokratische Fraktion Danzigs hat sich, wie uns aus Danzig mitgeteilt wird, entschlossen, in der Verfassungsfrage ihre Haltung zu revidieren. Der Völkerbund hatte vorgeschlagen, die Amtsdauer der Senatoren von 12 auf 4 Jahre herabzusetzen. Im Volkstag konnte keine Entscheidung über diesen Vorschlag herbeigeführt werden, da die gesamte Linke es ablehnte, zu der Frage Stellung zu nehmen. Sie glaubte sich zu dieser Haltung berechtigt, weil die bürgerlichen Parteien sich weigerten, in die Verfassung einen Paragraphen aufzunehmen, nach dem der Senat verpflichtet sein sollte, bei einem Mißtrauensvotum des Volkstages zurückzutreten. Es mußte peinlich wirken, als daraufhin die Materie unerledigt an den Völkerbund zurückging. Der Völkerbund setzte eine neue Frist für die Erledigung der Frage an. Es würde eine Blamage für das Deutschtum und die Freistaatidee sein, wenn man von neuem mit leeren Händen vor den Völkerbund treten müßte. Es ist also ein hohes Verdienst der Danziger Sozialdemokraten, wenn sie als erste Partei das Interesse der demokratischen Selbstbestimmung stellen werden. An den Bürgerlichen ist es nunmehr, sich auch ihrerseits vernünftigen Erwägungen nicht zu verschließen. Niemand wird es mißverstehen, wenn man auf dieser Seite den Senatoren ein mögliches Maß von Unabhängigkeit und eine von kleinen Parteischwankungen unabhängige Amtsperiode zu geben wünscht. Auf der anderen Seite würde es aber zu unhaltbaren Zuständen führen, wenn den Senatoren das Recht zugestanden würde, ihre Geschäfte gegen den ausgesprochenen Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes weiterzuführen. Das könnte Konflikte heraufbeschwören, die den Freistaat und sein Deutschtum in seinem Bestand gefährden. Hier muß ein Ausweg gefunden werden. Sollte nicht der direkte Appell an das Volk, ein Volksentscheid in schwierigen Situationen eine Lösung sein, die zu gleicher Zeit die von den Bürgerlichen verlangten Rechte des Senats am wenigsten schmälern und dem demokratischen Prinzip zu seinem durchaus legalen Recht verhelfen würde?

## Beginn der Finanzkonferenz.

Paris, 8. März. (EP.) Die Finanzminister Belgiens, Englands und Italiens besuchten heute morgen, jeder einzeln, den französischen Finanzminister de Cassagny. Die gemeinsame Besprechung begann um 12 Uhr im Finanzministerium, an der auch Finanz- und Wirtschaftssachverständige teilnahmen. Auch der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, und ein Vertreter Japans waren anwesend. In dieser Sitzung nahm man nur Fühlung miteinander. Jede anwesende Delegation überreichte Noten und Dokumente, die vorher ausgearbeitet waren. Es wurden von jeder der anwesenden Regierungen zwei Sachverständige ernannt, die mit der Prüfung der Noten beauftragt wurden. Die beiden französischen Sachverständigen sind die Herren Tannery und Marguerie. Die zweite Vollsitzung begann um 4 Uhr. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Konferenz nicht zwei, sondern drei Tage dauern wird.

## Die sechste 31-Millionen-Zahlung.

Paris, 8. März. (EP.) Die Reparationskommission empfing ein Schreiben der deutschen Regierung, worin sie mitteilte, daß die 6. Zahlung von 31 Millionen Goldmark am 8. März bei den von der Reparationskommission bezeichneten Banken deponiert worden sei.

## Sylvester Dschibladse.

### Ein Cyper moskowitzischer Verfolgung.

Aus Tiflis wird uns mitgeteilt: In der Nacht zum 17. Februar hat in Tiflis der Begründer und Altmeister der georgischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Sylvester Dschibladse, der Alterspräsident der konstituierenden Versammlung Georgiens, nach der Okkupation Georgiens durch die Moskauer Truppen im März vorigen Jahres wurde der alte Kämpfer, der seinen Posten nicht verlassen hatte, von den Beamten der Okkupationsbehörden ins Gefängnis geworfen. Das Gefängnisregime war für ihn eine wahre Tortur. Erst als er schwerkrank monatelang in der Gefängniszelle daniederlag und die Außerordentliche Kommission zur Überzeugung gelangt war, daß sein Zustand völlig hoffnungslos sei, öffnete sie ihm die Pforten des Kerkers. Vielleicht auch aus einem anderen Grunde: Der qualvolle Tod des Genossen Tschitschinadse, der zusammen mit Dschibladse und hundert anderen Genossen eingekerkert war, hatte die Arbeiter derartig erbittert, daß die Okkupationsbehörden es vorzogen, ihn außerhalb der Gefängnismauern sterben zu lassen. Gefesselt an sein Krankenlager, den Tod ständlich vor Augen, führte der Greis in den letzten 6 Monaten seines Lebens ein „illegales“ Dasein und stand ununterbrochen in Verbindung mit seinen kämpfenden Parteifreunden, die vor einem Jahre noch die Volksgewalt der Nacht in ihren Händen hatten und heute eine unterirdische Existenz fristen. Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst. Bierzig Jahre stand Dschibladse ununterbrochen im aktiven Dienste des Proletariats. Ungebrochen kehrte er heim aus den zarischen Katorgafestungen, aus den sibirischen Eiswüsten. Aber die letzten Monate bolschewistischer Aufruhr wogen schwerer als Jahre aller sibirischer Verbannung. Gehebt von den Agenten der Okkupationsbehörden konnte der Alte bei seinen Familienangehörigen nicht bleiben und erlosch in unsäglichen Qualen, ohne ärztliche Hilfe und in bitterer Not, im elenden Gehäuse eines befreundeten Proletariats.

In der Nacht zum 19. Februar wurde die Wohnung, in der Dschibladses Leiche aufbewahrt war, von der politischen Polizei der russischen Okkupationsbehörden besetzt. Von rohen, betrunkenen Soldaten wurde die Leiche gewaltsam weggeschafft. In einem unbekanntem Ort wurde unterdessen von Polizisten ein Grab ausgehoben, in später Nachtstunde wurde der Sarg verpackt und das Grab kenntlich gemacht. Die letzte Ruhestätte des rastlosen Kämpfers konnte an den nächsten Tagen nicht ausfindig gemacht werden.

Zur Frankfurter Konferenz veröffentlicht die „Freiheit“ eine parteipolitische Notiz, in der unser Bericht, soweit er den Zwischenfall zwischen den Unabhängigen und Franzosen darstellt, als „völlig unrichtig und tendenziös“ bezeichnet wird. Worin die Unrichtigkeit bestehen soll, wird nicht gesagt. In Wirklichkeit war unser Bericht nichts anderes als ein photographisch getreues Bild der tatsächlichen Vorgänge.

Keine Bestallung mehr. Das preussische Staatsministerium hat bestimmt, daß künftig in allen Fällen der Beförderung ohne eine damit verbundene Änderung der Amtsbezeichnung in gleicher Weise wie bei der Einreichung in die sogenannten Aufstellungstellen von der Ausschüttung einer Bestallung Abstand genommen wird. Die einfache schriftliche Benachrichtigung soll genügen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Lohnkartell und Magistrat für den Schiedspruch.

Das Lohnkartell und die große Tarifkommission für die Gemeindefabrikanten nahmen gestern Stellung zu dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums in der Lohnstreitfrage mit dem Magistrat. Mit allen gegen zwei Stimmen haben die Fabrikanten Beschlüssen, dem Magistrat und dem Reichsarbeitsministerium die Annahme des Schiedspruches zu erklären.

Lohnkartell und Tarifkommission waren sich darüber einig, daß die durch den Schiedspruch den Arbeitern gewährten Zugeständnisse nicht ausreichend seien, um der Verteuerung der Lebenshaltung Rechnung zu tragen. In Rücksicht darauf, daß der Schiedspruch die städtischen Arbeiter nur bis zum 31. März 1922, also für die kurze Dauer von drei Wochen bindet, haben Lohnkartell und Tarifkommission, trotz der Mängel des Schiedspruches, demselben zugestimmt.

Die im Tarifkartell zusammengeschlossenen Organisationen werden Veranlassung nehmen, sich umgehend mit der Aufstellung der neuen Anträge zu beschäftigen. Der Magistrat ist erlöst worden, die auf Grund des Schiedspruches zu zahlenden Lohnbeträge umgehend zur Auszahlung zu bringen.

Der Magistrat, der gestern fast neun Stunden lang, nahm ebenfalls zu dem Schiedspruch Stellung und befaßte sich insbesondere auch mit der Deckungsfrage. Trotzdem es hierin noch zu keiner Entscheidung kam, stimmte der Magistrat dem Schiedspruch zu, der damit von beiden Seiten anerkannt ist.

Der so für drei Wochen geschaffene Ruhezustand gefällt der „Roten Fahne“ natürlich nicht. Sie bezeichnet diesen „stabilen“ Schiedspruch als eine Provokation der städtischen Arbeiter, eine freche Verhöhnung der Kollage der städtischen Arbeiter, Angestellten und Arbeiterinnen, die sie zur entscheidenden Ablehnung des Spruches auffordert. Der Schiedspruch zeige, daß der Magistrat im Grunde mit der Reichsregierung gewillt sei, die städtischen Arbeiter auf tiefe Niveau herabzudrücken. Die städtische Arbeiterkraft habe aber außer dem kapitalistischen Staat die Gewerkschaftsbureaucratie und die Führer der Sozialdemokratie gegen sich.

Gestern abend suchte das Kommunistenblatt seine Schimpferei noch zu überbieten. Der Schiedspruch verweigere den ehrlichen Proletariern mit zynischer Rücksichtslosigkeit einen den Lebensverhältnissen entsprechenden Verdienst. Das „tiefe Niveau“ dieses Schiedspruches kann auch durch die zynische Rücksichtslosigkeit nicht gut noch tiefer sinken.

Trotzdem: die „Weltrevolution“ muß wieder auf mindestens drei Wochen in Berlin verlagert werden.

## Verständigung über die städtischen Beamtgehälter.

In der zentralen Frage der städtischen Beamtgehälter, die vorgestern noch so förmlich in der Protestversammlung der Beamtenschaft diskutiert wurde, in der Eingruppierung der Sekretäre und Techniker ist es gestern im Verhandlungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung zu einer Verständigung gekommen, die den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft, den gesetzlichen Bestimmungen und der Finanzlage der Stadt gleichermaßen gerecht wird. Mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen ist die Eingangsgruppe VII für die Stadtschreiber und die ihnen gleichstehenden Beamten zwar beibehalten worden, es ist aber eine Bestimmung aufgenommen, wonach alle über 28 Jahre alten Beamten ohne weiteres in die Gruppe VIII übergehen. Eine ähnliche Regelung ist auch durch einen Zusatz zu den Anmerkungen für die Zukunft getroffen. Dieser Zusatz entspricht durchaus den von uns und unseren Vertretern im Ausschuß konsequent vertretenen Grundgedanken, wonach eine den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft entsprechende Regelung gefunden werden müsse, die zugleich der Aufsichtbehörde kein Recht zum Einschreiten geben dürfte. Eine solche Politik der Vernunft ist den Interessen der Beamtenschaft weit mehr gerecht zu werden, als eine lediglich auf Agitation wirkung berechnete große Geste, die praktisch zu einem erheblichen ungünstigeren Ergebnis führen müßte. Der endgültige Beschluß ist in zweiter Lesung einstimmig gefaßt worden, so daß wir mit Genugtuung feststellen dürfen, daß auch hier schließlich die sachlichen Gründe bei allen Parteien über die agitationspolitische Einseitigkeit gesiegt haben.

## Beamtzentrale des ADGB und der Afa.

Wie die neueste Nummer des „Deutschen Eisenbahner“ mitteilt, billigt der erweiterte Vorstand des DGB die unter Mitwirkung seiner Vertreter beschlossene Satzung der zu errichtenden freigewerkschaftlichen Beamtzentrale des ADGB und der Afa-Bundes. Nachdem auch die übrigen beteiligten Verbände des ADGB und des Afa-Bundes dem Satzungsentwurf ihre Zustimmung gegeben haben, kann jetzt die Zentrale ihre Tätigkeit aufnehmen. Wie wir hören, soll das auch sofort geschehen.

## Vereinbarung im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten durch BVB, mitteilt, ist zwischen den Tarifparteien im Bankgewerbe folgende Vereinbarung getroffen worden:

Bis zum 16. März müssen in Verfolg der Ziffer 3 des Schiedspruches vom 8. Dezember 1921 zur Abgeltung der Verzierung für die Monate Februar und März folgende Zahlungen an die Angestellten geleistet werden: a) für männliche kaufmännische und gewerbliche Angestellte und Arbeiter 1000 M.; b) für weibliche Angestellte vom ersten tariflichen Berufsgrade ab 925 M.; c) für jugendliche männliche und weibliche Angestellte unter 20 Jahren 500 M.; d) für

Bureaubedienten vom 16. Lebensjahr und Lehrlinge im dritten Lehrjahr 350 M. Alle Angestellten, die am 8. März im Dienste der Banken waren, erhalten diese Zahlung.

## Die Konzentrationen der Großindustrie.

Ueber dieses Thema, das durch die industriellen Zusammenstöße der letzten Zeit die besondere Beachtung der Arbeiterkategorie verdient, findet im Rahmen der Betriebsratsschule heute, abends 8 Uhr, im Zimmer 117 der städtischen Höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungs-gewerbe, Warschauer Platz 6-8, ein Kursus statt. In ihm werden insbesondere die Zusammenstöße der Metall- und

## Betriebsräte und Baudeputierte des Bauarbeiter-Verbandes!

Die zu heute abend nach der Schulaula in der Weinmeisterstraße einberufene Versammlung ist keine Veranstaltung des Verbandes, sondern eine solche der kommunistischen Parteilinie Kaiser und Genossen.

Unsere Mitglieder empfehlen wir dringend, sich nicht als Statisten zu derartigen Veranstaltungen herzugeben, zumal die Teilnahme an solchen Frotzveranstaltungen ein schwerer Verstoß gegen die Verbandsstatuten ist.

Wer sich nicht außerhalb seiner Organisation stellen will, bleibt dieser Versammlung fern!

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin.  
Der Vereinsvorstand.

Chemischen Industrie behandelt und auch die Organisationsformen der einzelnen Unternehmungen besprochen. Die Anmeldung kann im Kurzus selbst erfolgen, der vor allem den in Großbetrieben tätigen Kollegen zu empfehlen ist.

## Winkelnachweise mit gefälschter Konzession.

Seit etwa 9 Jahren besteht in Berlin ein städtischer Paritätischer Facharbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe. Nach der Revolution wurde die gesamte Arbeitsvermittlung im Gastwirts-gewerbe in diesem städtischen Institut zentralisiert und die gewerksmäßige und private Stellenvermittlung im Gastwirts-gewerbe durch den Demobilisierungskommissar verboten. Im vergangenen Jahre haben es eine von Arbeitgeber gegründete gelbe Streikbrecherorganisation (Deutscher Hotel- und Gastwirtsangestelltenverband, Linienstr. 155) und ein Winkerverein (sogenannter Interessentenverband, Schmidstr. 21) fertigbekommen, sich eine gefälschte Konzession des Magistrats zum Betriebe einer Stellenvermittlung zu verschaffen. Bei der Fälschung hat ein Magistratsbeamter, ein Angestellter im Arbeitsnachweis, hervorragend mitgewirkt und den Blankobriefbogen mit Stempel des Magistrats und seiner Unterschrift dazu hergegeben. Soweit bekannt, ist dieser Angestellte inzwischen deswegen entlassen worden. Trotzdem aber hat der Magistrat bisher keinerlei Anstalten getroffen, den Betrieb dieser Stellenvermittlungen zu inhibieren, die gefälschten Konzessionen einzuziehen oder sie für ungültig zu erklären. Auch die verschiedenen Anzeigen bei den zuständigen Polizeibehörden haben keinen rechten Erfolg gehabt. Was gebührt der Magistrat zu tun, um diesem unglücklichen Zustande Einhalt zu gebieten? Er muß schon die Sabotage des Städtischen Arbeitsnachweises und die Ausschaltung der Kontrolle über die Erwerbssachen durch diese von ihm verbotenen Arbeitsnachweise beheben.

## Die Lehrlingswirtschaft der Eisenbahn.

Die Lehrlinge der Berliner Eisenbahnwerkstätten, und zwar die jetzt Ausgelernten, nahmen am Sonntag in einer vom DGB einberufenen Protestversammlung in der Neuen Philharmonie gegen die ihnen angekündigte Entlassung Stellung. Der Referent Jaser schilderte zunächst die Lehrlingsverhältnisse bei der Eisenbahn vor dem Kriege. Die Zahl der vorchriftsmäßig beschäftigten Lehrlinge betrug damals etwa 12 vom Hundert der in den Werkstätten vertretenen Schlosser und Dreher. Die Entlassungen wurden vorwiegend auf Empfehlungen aus Kreisen der Eisenbahnbediensteten vorgenommen. Während des Krieges nahmen die Entlassungen größeren Umfang an. Im Jahre 1920 betrug die Zahl der in den Berliner Werkstätten beschäftigten Lehrlinge rund 1600, d. h. durchschnittlich 38 vom Hundert der Schlosser und Dreher. Bei dieser Lehrlingswirtschaft war man wenig wählerisch in der Annahme von Lehrlingen. Die praktische Ausbildung konnte nur recht mangelhaft sein und von Jugendpflege war keine Spur. Auch die theoretischen Unterweisungen ließen sehr zu wünschen übrig. Unfälle waren nicht selten zu verzeichnen. Kurzum, die Kriegislehrlinge wurden nicht gewissenhaft herangebildet. Erst nach dem Kriege wurde durch eine Verfügung vom 31. März 1919 die Höchstzahl der Lehrlinge nach Entlassung der Kriegsjahrgänge wieder auf 12 vom Hundert festgelegt. Der Reichsverkehrsminister berief sich für die Entlassungen auf eine Verordnung der Reparationskommission. Wenn man auch die Bedingen zuerst entlassen wollte, so sollte man doch berücksichtigen, daß letzten Endes viele der Arbeiter, die schon in privaten Betrieben gearbeitet haben, leichter wieder Beschäftigung finden, als die jetzt Auslernenden, die als Neulinge und vielfach noch Unerfahrene auf den freien Arbeitsmarkt geworfen werden. Besonders verdien die Umgebung des jetzt noch gültigen Tarifvertrages größte Beachtung. Im § 25 Abs. 6 des preussischen Lohnrechts heißt es unter anderem:

„Nach Ablauf der Lehrzeit ist der junge Geselle auf Wunsch aus der Werkstatt zu entlassen, um andere Betriebe kennenzulernen. Findet er keine Arbeit, so ist die Eisenbahnverwaltung verpflichtet, ihn wieder einzustellen.“

Dennoch würde also die Verwertung sich eines Tarifbruches schuldig machen, falls sie, der übernommenen Verpflichtung zuwider, die Ausgelernten einfach aufs Pflaster wirft. Die Entlassungen

würden eine Verletzung der Jugendlichen herbeiführen. Da sei daran zu erinnern, daß der § 37, Artikel 122 der Reichsverfassung, auf deren Boden die Regierung steht, zu der ja auch Herr Groener gehört, eine Verletzung der Jugend bekämpft. Es heißt dort unter anderem:

„... daß die Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung geschützt werden soll. Staat und Gemeinde sollen gleichzeitig zur Erfüllung dieser Aufgaben herangezogen werden.“

Die Aufgabe der Regierung wäre also, Herrn Minister Groener darauf aufmerksam zu machen, daß der Artikel 122 der Reichsverfassung auch beachtet wird. Schließlich wies der Referent darauf hin, daß in kürzester Zeit Verhandlungen über die Entlassungsfrage mit dem Reichsarbeitsministerium gepflogen werden sollen. Die Organisation werde alles tun, um die Entlassungen der Ausgelernten rückgängig zu machen.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Entlassungen nicht gerechtfertigt seien. Die Auslernenden haben im Kriege ihren Mann gestellt und wollen jetzt nicht zu den minderwertigen Arbeitern gezählt werden. Sie verlangen wenigstens vorläufig noch im Eisenbahnbetrieb weiter beschäftigt zu werden, damit sie schon eine gewisse Beschäftigung aufweisen können, wenn sie sich in anderen Betrieben um Arbeit bemühen. Auf Grund § 25 des Tarifvertrages seien die Entlassungen der Auslernenden rückgängig zu machen.

Wird die angekündigte Entlassung zurückgezogen, dann fordern die Versammelten, daß die Verfügung des Arbeitsministers vom 13. April 1921 — E 11 27 Nr. 3122/21 — aufrecht zu erhalten ist. Die Versammelten gelobten ferner, alles daran zu setzen, um die soziale Jugendgesetzgebung laut Artikel 122 der Reichsverfassung durch die Jugendsektion des DGB. durchzuführen.

## Ein Schiedspruch im Versicherungsgewerbe.

Ein im Reichsarbeitsministerium gebildeter Schlichtungsausschuß hat am 27. Februar einen Schiedspruch beschaffen, wonach die Versicherungsgesellschaften in den Städten Elberfeld, Warmen, Wodum, Essen und Dortmund bis zum 30. April einen Sonderzuschlag erhalten sollten. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgesellschaften hat diesen Schiedspruch angenommen, sich aber ausdrücklich die volle Freiheit seiner Entscheidung für die Zeit nach Ablauf der Geltungsdauer des Schiedspruches vorbehalten. Ueber die Stellungnahme der Angestelltenverbände ist zurzeit noch nichts bekannt.

**Achtung, SPD.-Steinarbeiter!** Freitagabend pünktlich 7 Uhr Versammlung im Holenthalet Hof (Weißer Saal), Holenthalet Straße 11/12. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist Erscheinen unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

**Der Deutsche Beamtenbund** veranstaltet für die Mitglieder der ihm angeschlossenen Verbände vom 13. März bis 8. April 1922 in der Hochschule für Politik zu Berlin, Schinkelplatz 6, seinen zweiten Gewerkschaftskursus, der zum erstenmal getrennte Vortragsreihen für Berliner und auswärtige Hörer vorsieht.

Zweit der vom Deutschen Beamtenbund veranstalteten Gewerkschaftskursus ist die gewerkschaftliche Orientierung aller in führender Stellung in der Beamten-Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen zu fördern.

Wie im ersten, Oktober vorigen Jahres abgehaltenen, Kursus sind auch diesmal u. a. als Dozenten gewonnen worden: Dr. Domaschke, Universitätsprofessor Dr. Bergsträßer, Bundessekretär Knoll, Ministerialrat Krüger, Dr. Böcker, Oberregierungsrat Lehmann, Ministerialdirektor Dr. Fald, Postrat Dr. Roscher, Frh. Winters und Ministerialrat a. D. Falkenberg.

**Der Metallarbeiterstreik in München** deutete sich weiter aus, so daß jetzt 10000 bis 15000 Arbeiter im Streik stehen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter stimmten mit großer Mehrheit für die Ablehnung des Münchener Schiedspruches und für den Streik in allen Betrieben.

**Verband der Buchbinder und Papiererzsetzler.** Freitag abend 7 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Angelier 25, außerordentliche Generalversammlung. Erscheinen sämtlicher Delegierter ist Pflicht. — Die Disziplinarordnung.

**Generalverband der Angestellten.** Freitag abend 7 Uhr allgemeine Funktionärerversammlung in den Müllerstätten, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

## Aus der Partei.

Eine Hochburg der Partei ist der Bezirk Görlitz. Auch nach dem letzten Quartalsbericht hat sich allen Anstrengungen zum Trotz unsere nieder-sächsische Parteiorganisation immer weiter nach aufwärts entwickelt. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 1921/22 waren 391 Ortsgruppen vorhanden, die insgesamt 37 490 Mitglieder (31 753 männliche, 5737 weibliche) zählten. Das abgeschlossene 3. Quartal weist 417 Ortsgruppen mit 47 661 Mitgliedern (40 506 männliche und 7155 weibliche) auf. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich demnach um 26 und die Zahl der Mitglieder um circa 10 200 vermehrt. Im Vierteljahr wurden durchschnittlich von jedem Mitglieder 10 Beiträge entrichtet.

Bestand: für den rechte Teil: Franz Mühs, Berlin-Ostkreuzfeld für Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin, Verlagsanalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Jugendwelt“.

**Café Zielka.** Bessere Spiele, Friedrichstraße, Ecke Reinsdorfstraße, Tagl. 7-11. Der laut Reich die Obersteig m. H. Hartlein



**Kukirol**  
besiegt schnell sicher und schmerzlos  
Hühneraugen  
Hornhaut Schwielen, Warzen  
In Apotheken & Drogerien erhältlich.

HERMANN **Tietz** BILLIGE **Lebensmittel**

<b>Weizenmehl</b> Pfd. <b>7.50</b>	<b>Landeler</b> frische... Stück <b>3.10</b>	<b>Grüne Heringe</b> frische... Pfd. <b>3.90</b>	<b>Rotwurst</b> ...Pfund <b>22.00</b>	<b>Möhren</b> ..... Pfund <b>2.00</b>
<b>Kaffee-Ers.-Misch.</b> 10% Bohnen... Pfund <b>16.00</b>	<b>Harzer Käse</b> in Qualität... Pfund <b>16.00</b>	<b>Fr. Seelachs</b> koplos, im ganz... Pfd. <b>5.50</b>	<b>Landleberwurst</b> ..... Pfund <b>22.00</b>	<b>Rote Rüben</b> ..... Pfund <b>1.25</b>
<b>Kunsthonig</b> ..... 1-Pfund-Paket <b>7.50</b>	<b>Tafelmargarine</b> ..... Pfund <b>27.50</b>	<b>Fr. Goldbars</b> koplos ..... Pfund <b>6.90</b>	<b>Bauernmellwurst</b> ..... Pfund <b>26.50</b>	<b>Kohlrüben</b> ..... Pfund <b>1.20</b>
<b>Maismehl</b> ..... Pfund <b>4.80</b>	<b>Pflaumenmus</b> gezuckert... Pfund <b>7.50</b>	<b>Makrelbücklinge</b> ..... Pfund <b>7.50</b>	<b>Delikatess-Sülze</b> ..... Pfund <b>16.00</b>	<b>Sellerie</b> ..... Pfund <b>5.00</b>
<b>Steril. Vollmilch</b> ... 2-Pfund-Dose <b>22.00</b>	<b>Preiselbeeren</b> gezuckert... Pfund <b>8.50</b>	<b>Sprossen</b> ..... Pfund <b>13.00</b>	<b>Zervelatwurst</b> ..... Pfund <b>38.00</b>	<b>Zitronen</b> ..... Stück <b>1.00</b>
<b>Gefrorene Kaninchen</b> ... Pfund <b>6.00</b>	<b>Rhein. Apfelkraut</b> ..... Pfund <b>12.00</b>	<b>Grosse Salzheringe</b> ..... Stück <b>90 P.</b>	<b>Ger. Schinken</b> (Auslandsware) Pfd. <b>28.00</b>	<b>Apfelsinen</b> ..... Stück <b>1.50</b> on

  

<b>Kalbsrücken</b> frisch <b>13<sup>00</sup></b>	<b>Kalbskeulen</b> frisch <b>15<sup>00</sup></b>	<b>Hammel-Vorderfleisch</b> frisch <b>17<sup>00</sup></b>	<b>Hammelkeulen</b> frisch <b>19<sup>00</sup></b>	<b>Suppenfleisch</b> frisch <b>16<sup>00</sup></b>	<b>Schmorfleisch</b> frisch mit Knochen Pfund <b>19<sup>00</sup></b>	<b>Rinderherzen</b> gekochte Pfund <b>10<sup>00</sup></b>	<b>Schweineieren</b> gekochte Pfund <b>8<sup>00</sup></b>
--	--	---	---	--	--	---	---

  

<b>1919er Niersteiner</b> 1/2 Fl. <b>22<sup>50</sup></b> 10 Fl. <b>200<sup>00</sup></b>	<b>Montagna-Naturrotwein</b> 1/2 Flasche <b>12<sup>50</sup></b> 1/2 Flasche <b>20<sup>00</sup></b>	<b>Obstbäume • Beerensträucher Blumen- und Gemüsesamen</b> NUR ALEXANDERPLATZ	<b>Weinbrand-Verschnitt</b> 1/2 Champ.-Fl. <b>30<sup>00</sup></b> 1/2 Champ.-Fl. <b>57<sup>50</sup></b>	<b>Qualitäts-Apfelwein</b> 1/2 Fl. <b>6<sup>75</sup></b> 1/2 Fl. <b>65<sup>00</sup></b>
<b>1919er Brauneberger</b> 1/2 Fl. <b>22<sup>50</sup></b> 10 Fl. <b>200<sup>00</sup></b>	<b>1920er Côtes de Salival</b> 1/2 Flasche <b>17<sup>50</sup></b> 1/2 Flasche <b>28<sup>50</sup></b>		<b>Deutscher Weinbrand</b> 1/2 Flasche <b>37<sup>50</sup></b> 1/2 Flasche <b>68<sup>50</sup></b>	



Dom Hocken und Schlemmen.

Das prohige, struppige „Geniesen“ der geldstarken Kreise hat neuerdings zu Besteuerungsmassregeln geführt, die den späten Nachtbetrieb in fiskalischem Interesse auszunutzen bestrebt sind.

Auf dem Kurfürstendamm-Ball.

„Was, Sie wollen uns das Vergnügen verweigern — Sie, Sie Vorstandsleute? Wofür haben wir denn die Hockersteuer bezahlt, wenn Sie schon jetzt Schluss machen. . . . Kellner — Schampus her!“

Chor der Besucher:

„Wir schlemmen und hocken, hinter den Ohren kaum trocken. Wir sind die moderne Jeunesse dorée Aus dem lieben Berlin W.W.“

„Also, Herr Komitater, hier nehmen Sie den braunen Lappen — wir zahlen zweimal die Hockersteuer, aber der Spass darf erst um 9 zu Ende gehen. . . . Die Musik bleibt hier. . . . Was, das Licht will er ausdrehen. . . . Das ist Kontraktbruch. . . . gemeiner Kerl!!!“

Im Mosefistübchen.

„Aber, Herr Rat, schon nach Hause?“

„Ja, die neue Steuer, die paßt mir nicht. . . .“

„Na, sie ist doch noch zu erschwingen.“

„Das wohl, aber ist doch wieder so ein Zeichen vom Umsturz. Früher, als S. M. noch regierte, scherte sich der Teufel drum, wann man nach Hause kam. Aber mit der Revolution. . . . ich mach' das nicht mit.“ (Ab.)

Sein Nachbar zum anderen Nachbar: „Jetzt hat der Rat endlich einen Grund zum frühen Verschwinden. Er fürchtet sich doch höllisch vor seiner Allen.“

Beim Teubetrieb.

Frau Pompadourinssi ist von irgendwoher nach der Residenz gezogen und bewohnt in der fashionablen Gegend eine größere Hochparterrewohnung, die nach vorn dicke Kollafasseln und nach hinten einen „Rotausgang“ durch den Garten hat.

Drei Uhr. Die Zahl der Hocker und Schlemmer ist beträchtlich. Ein Polizist erscheint. Frau Pompadourinssi erhebt sich in ihrer majestätischen Fülle: „Sie wünschen, mein Herr? . . . Ach so, Sie denken, wir schlemmen. . . . Sie irren sich. Wir feiern nur nach russischer Sitte den Namenstag meines verstorbenen Großvaters und vertreiben uns die Zeit mit etwas Sechshundsechzig-Spielen.“

Im Schlemmertokal.

Herr Wechselmann tritt vom Telephon zurück, reißt sich die Hände: „Zwei Gespräche — 50 Wille verdient. 500 Wille Holz verschoben. Fein, was? Na, das muß begossen werden.“

Im „Grand-Restaurant“. Wechselmann und seine Freunde, sowie eine entsprechende Anzahl von Damen unbestimmten Alters und zweifelhaften Berufes haben ein Scupper von 10 Ödngen hinter sich. Auf der Kredenz türmen sich die leeren und vollen Flaschen auf. — „Kinders, — wir schlemmen. — Und das bishigen Essen und Trinken soll verboten sein! Um 10 sollen wir schon in die Federn kriechen! Na, so was — da sollte man doch gleich zu den Kommunisten übergehen, damit die die Regierung Moros lehren.“ Und die allgemeine Begeisterung hält an und steigert sich.

Im Gerichtssaal.

Der Richter zum Zeugen, Herrn Denunz: „Sie wollen gesehen haben, daß der Angeklagte aus Bayern, während er in Berlin war,

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidtbonn. (Schluß.)

Und sie legten ihr Glück in die Schattengestalten hinein und träumten sich einen Hochzeitsstag daraus, der sie beide über teppichbelegtes Gras zu der Kapelle auf dem Hügel führte. Da sahen sie Blumen und betränzte Haare, weiße Kleider und sonnige Augen. Da hörten sie plötzlich, wie Harfen tönten und junge Mädchen sangen, so daß sie ihn erschreckt ansah. Und von allen Seiten, von den Schränken, von den Gardinen, von Spiegel und Bildern flatterten jauchzende Kinder dazwischen, denen die Haare nachhingen und die Rosen umherwarfen.

Er schloß ein Fach seines Schreibtisches zweimal ab und warf den Schlüssel auf die Straße. „Was tust du?“ fragte sie.

„Da liegt, was gut zum Tod ist. Es kam über mich, daß ich es dir an die Schläfe setzen und losdrücken wollte.“

„Was habe ich dir getan, daß du mich nicht glücklich sein lassen willst?“

„Beide, du und ich,“ murmelte er im Selbstgespräch.

Er stand auf dem Balkon draußen, und seine Arme hielten sie. So sahen ihre vier Augen in die Nacht hinaus: tief unter ihnen die Lichter der Menschen und die Wagen, ihnen gegenüber die dunkle Häuserreihe, in der nur ein Giebelfenster erleuchtet war, über dessen weißen Vorhang der Schatten eines Mädchens ging, das seine Kleider ablegte.

Und hoch über ihren Köpfen war der Himmel. Sie hoben ihre Gesichter zu den Sternen auf, die in unzähligen, goldenen Punkten da oben schimmerten. Sie sprachen nicht, sie hingen nur mit starrenden Augen an der Höhe. Da oben über ihren Sternen war die Stille, war die Reinheit, war ihre Welt: die Sterne waren ihre Brüder, denn sie waren so hoch über allem Irdischen, wie ihre zwei Seelen.

Sie falteten ihre vier Hände ineinander und sahen immer hinauf. Es war ihnen so fromm, als ständen sie in der Kirche. Es war ihnen, als ob ein Ruf wie der Ruf der Ewigkeit und der Kraft und der Macht und der Herrlichkeit ihre Scheitel berührte.

Da! Wieder klopfte es an der Tür, leise und schnell. Wieder die Stimme der Hausfrau. Eine andere, flüsternde, lachende Stimme sprach dazwischen.

Unberechtigte Kirchensteuereintreibung.

Nicht kirchensteuerpflichtig — aber sogar gepfändet!

Der Skandal hört nicht auf, daß Dissidenten, die längst in vorgeschriebener Form ihren Austritt aus der Kirche erklärt haben, nach mit einer Kirchensteuerforderung überrascht werden. Wenn solche Vorkommnisse im „Vorwärts“ besprochen wurden, konnte man in der bürgerlichen Presse mitunter lesen, daß bei einer Weigerung, die Kirchensteuer zu zahlen, ja doch niemals zum Außersten, d. h. zur Pfändung, geschritten werde. Der folgende Fall lehrt, daß tatsächlich auch vor diesem Außersten nicht zurückgeschreckt wird, wenn es gilt, den Kirchenfiskus zu füllen.

Die Flucht aus der Kirche.

Eine Arbeiterin, die im Dezember 1919 aus der evangelischen Kirche ausgetreten war, also nach den damals geltenden (später geänderten) Bestimmungen nur noch bis 31. Dezember 1919 Kirchensteuern zu zahlen hatte, erhielt eine Kirchensteueranforderung für das Steuerjahr vom 1. April 1919 bis 31. März 1920. Sie verweigerte zunächst irrtümlich jede Zahlung, auf nochmalige Aufforderung aber zahlte sie aus Unkenntnis für das ganze Steuerjahr, womit sie nun zu viel leistete. Die ihr darüber ausgestellte Quittung ist datiert vom 1. Oktober 1920 und gibt als Tag der Zahlung den 29. Oktober 1920 an. Danach teilte die Arbeiterin dem Bureau der Berliner Stadtsynode (die, nebenbei bemerkt, nicht etwa eine städtische, sondern eine kirchliche Behörde ist) mit, sie habe im Dezember 1919 ihren Austritt erklärt, sei also nicht mehr kirchensteuerpflichtig, und sie glaube, fortan Ruhe zu haben. Sie weiß auch nichts davon, daß ihr für das Steuerjahr 1920 etwa wieder eine Kirchensteueranforderung zugegangen wäre, aber nach einer uns vom Bureau der Stadtsynode gegebenen Auskunft scheint eine solche Veranlagung auch für 1920 tatsächlich noch an sie abgeschickt worden zu sein.

Der Steuerexekutor im Dienste des Kirchenfiskus.

Zu ihrer großen Ueberraschung erhielt die Arbeiterin nun am 22. Februar 1922 mit dem Einkommensteuerbescheid für 1920 zugleich einen Kirchensteuerbescheid für 1921 — wohlgeheimert für 1921! Noch ehe sie sich von ihrem Staunen erholt und den erforderlichen Einspruch abgelehnt hatte, zu dem ihr eine Frist von vier Wochen gesetzt war, kam von der Steuerkasse des Bezirksamts Friedrichshagen die Nachricht, daß wegen einer Kirchensteuerforderung von ihrem Lohn 11,20 M. gepfändet worden seien, die sich zusammengelesen aus 5,50 M. Kirchensteuer, 2 M. Porto und 3,70 M. Kosten

ein „ausgepöchteter Hocker“ — wie Sie schreiben — gewesen ist. Welche Beweise haben Sie dafür?“

Herr Denunz: „Der Angeklagte hat täglich abends mindestens 20 Glas Berliner Bier getrunken. Wenn das nicht ein schlüssiger Beweis ist. . . .“

Der Richter: „Sie irren sich, mein Lieber. Das ist das Gegenteil davon. Angeklagter, ich spreche Sie frei. . . .“

Endgültige Abstimmung über die Schuldeputation.

Die Stadtverordneten haben für ihre heutige Sitzung wieder eine Tagesordnung von 82 Punkten. Aus der vorigen Sitzung vom 2. März, die bei der Abstimmung über die Schuldeputation für die Verwaltungsbezirke 1-6 infolge Obstruktion der rechtsstehenden Parteien mit Beschlußunfähigkeit endete, hat fast die gesamte Tagesordnung unerledigt mit übernommen werden müssen. Die Beratung über die Schuldeputation stand gleich vielen anderen Verhandlungsgegenständen schon oft genug in früheren Sitzungen auf der Tagesordnung, auch in der Sitzung vom 21. Februar, wo ebenfalls aus Anlaß der den rechtsstehenden Fraktionen unangenehmen Schuldeputationsangelegenheit von ihnen durch Obstruktion die Verammlung beschlußunfähig gemacht wurde. Nach der Städteordnung soll, wenn die Stadtverordneten, zum zweiten Male zur Verhandlung über den

des Zwangsverfahrens. Anscheinend ist das erst die unberechtigte Kirchensteuerforderung für 1920. Obwohl eine Einspruchsfrist von 14 Tagen angegeben war, ging dieser Bescheid mit einem Zahlungsverbot sofort auch dem Arbeitgeber zu, der dann schon bei der nächsten Lohnzahlung am 3. März die 11,20 M. einbehielt, um sie an die zuständige Stelle abzuführen.

Wen trifft die Schuld?

Hier sind eine Reihe Fehler gemacht worden, für die es schwer eine Entschuldigung geben dürfte. Wir halten es für die Pflicht der Kirche, unaufgefordert nicht nur diese 11,20 M., sondern auch das für 1919 zuviel gezahlte Steuerquartal wieder herauszugeben. Daß die Arbeiterin auch die Kosten des Portos und des durch Fehler anderer verursachten Zwangsverfahrens tragen soll, ist unerhört! Man soll uns nicht antworten, wahrscheinlich habe zu allererst die Arbeiterin den Fehler gemacht, daß sie gegen die erste unberechtigte Kirchensteuerforderung nicht von vornherein in vorgeschriebener Form ihren Einspruch erhob. Für eine „Steuermoral“, die einen ahnungslosen Nichtsteuerpflichtigen für Fehler der Steuerbehörde oder der Kirche büßen lassen will, haben wir kein Verständnis.

Kümmert Euch doch selber um Eure Mitglieder!

Wie will man es entschuldigen, daß die Nichtsteuerpflichtige überhaupt noch mit einer Steuerforderung beauftragt wurde? Das Bureau der Stadtsynode lehnt gemöhnlich die Verantwortung ab und beruft sich darauf, daß die betreffenden Personen durch die der Stadtsynode zugegangenen amtlichen Aufstellungen als evangelisch bezeichnet worden seien. Aber selbst wenn in solchen Fällen das Verschulden anderswo zu suchen ist, so trifft doch die Hauptschuld die Kirchengemeinden. Es wäre Sache der Kirche selber, sich hinreichende Gewißheit darüber zu verschaffen, wer noch ihr Mitglied ist und wer nicht. Kann sie das nicht, so soll sie die Folgen tragen und auf die Steuern aller derjenigen verzichten, die sich ihr nicht freiwillig als Mitglieder melden.

Höchste Zeit ist es auch, daß die Eintreibung der Kirchensteuern durch die städtische Steuerbehörde aufhört und die Beschaffung dementsprechend geändert wird. Die Kirche soll selber zusehen, wie sie ihre Steuern hereinträgt. Was würde man in kirchlich gestimmten Kreisen sagen, wenn die Stadt auch für die freireligiöse Gemeinde oder für irgendeine andere Vereinigung die Mitgliedsbeiträge eintreiben sollte?

selben Gegenstand zusammenberufen, dennoch nicht in genügender Anzahl erschienen sind, hierbei keine Beschlusunfähigkeit mehr möglich sein. Der betreffende Paragraph der Städteordnung schreibt allerdings auch vor, daß bei der zweiten Zusammenberufung ausdrücklich auf diese Bestimmung hingewiesen werden muß. In der vom Vorsteher Dr. Caspari unterzeichneten Tagesordnung für die Sitzung vom 2. März schloß dieser Hinweis, so daß der Rechten die Obstruktion nochmals gelingen mußte. Den vorgeschriebenen Hinweis enthält erst die Tagesordnung für die heutige Sitzung, in der hiernach für 56 von 82 Punkten, selbstverständlich auch für die Abstimmung über die Schuldeputation, eine Beschlusunfähigkeit nicht mehr möglich ist. Man hat daher diesmal auf eine Vollzähligkeit des Stadtparlaments zu rechnen, die wahrscheinlich nichts zu wünschen übrig lassen wird. Da bei dem ganz geringen Ueberwicht der Rechten über die Linke schon die Abwesenheit weniger Mitglieder die Mehrheit in die Minderheit verwandeln kann, so werden alle Parteien sich bemühen, vollzählig zur Stelle zu sein. Die Abstimmung, bei der in der vorigen Sitzung die Beschlusunfähigkeit eintrat, steht nicht als erster Punkt auf der neuen Tagesordnung, sondern es sind ihr noch vier andere Verhandlungsgegenstände vorausgeschickt, für die der Hinweis auf den die Beschlusunfähigkeit ausschließenden Städteordnungsparagraphen nicht gilt. Die Rechte erhält dadurch Zeit, sich zu der von ihr so gefürchteten Abstimmung zu „sammeln“ — oder wieder noch eine Obstruktion zu versuchen.

Sie hielt ihm die Hand auf den Mund, damit er still sei. Man schlug mit der Faust gegen das Holz, man steckte Schlüsseln ins Schloß.

Sie hielten den Atem an und horchten. Er war mit einem Male traurig, und seine Augen sahen sie nicht mehr an, als sie ihn ins Gesicht hinauf anlachte. Dann stieß er sie rauh zurück und sagte: „Schnell, wir müssen gehen.“

Sie gingen auf den Zehen über die braune Matte der Treppe hinunter. Sie gingen über die Straße, deren Läden erleuchtet waren, eins neben dem andern, nicht Arm in Arm, nicht einmal ihre Ellenbogen berührten sich. Sie sprachen nicht, hatten die Hüte tief über die Stirn gezogen und senkten die Köpfe nach dem Steinpflaster hinunter.

Aber es kümmerte sich niemand um sie. Sie gingen mit hastigen Schritten durch die Menschen hindurch, wie nach einem bestimmten Ziel, und als ob sie keine Zeit mehr zu verlieren hätten.

Sie saßen in ihrem Nachen mitten auf dem Rhein. Nach allen Seiten von der Finsternis umgeben, die so schwarz war, daß Spitze und Ende des Bootes in ihr verschwanden, und so lautlos, daß man nur das Gurgeln der Wellen an den Brettern hörte, schienen sie auf einem Meer ohne Grenzen dahinzutreiben.

Hin und wieder wuchs am Ufer, in unendlicher Ferne, ein gelbes Licht auf, ein ausstrahlender, handgroßer Kreis, der eine lange Gasse in das Wasser hineinwarf.

Einmal ein schwarzes Schiff, das mit seinen Schaufeln schlug, dicht an ihnen vorbei.

Dann vom Ufer langgezogenes Hundegebell.

Er hatte das Steuer angebunden. In gerader Richtung trieb der Nachen weiter, immer weiter.

Ein kühler Nachtwind kam.

Sie sahen auf derselben Bank, und er hatte sie mit seiner Jacke zugebedeckt, um sie warm zu halten.

Vor ihnen, noch fern, zuckende und lodernde Flammen: das Reich der Fabriken fing an. Jetzt nur nicht mehr weiter! Sonst werden sie, wenn der Himmel weiß wird, keine ansteigenden Wiesen, keine leise bewegten Weiden mehr zur Seite haben, nur noch Mauern und qualmende Schornsteine.

Rein — nicht mehr weiter! Nicht in diese Häßlichkeit hinein!

Ein lang anhaltendes Schreien.

Sie standen beide im Nachen. Er hielt sie mit den Fäusten an den Armen gepackt, rang mit ihr, sie biß in seine Fäuste hinein, mit schnellen, scharfen Zähnen, schrie und schlug mit ihren Fäusten gegen sein Gesicht, warf sich auf die Knie, wälzte sich am Boden umher, klammerte sich mit tausend Händen und Füßen an das Holz. Nicht in das Wasser hinein, das schwarze, gurgelnde, noch nicht! Noch eine Stunde sitzen, von seinem Arm gehalten, den Kopf in seiner Jacke vergraben!

Gut, noch eine Stunde!

Noch eine Stunde, Geliebter, und noch eine. Bis die Sonne aufgeht. Laß uns noch einmal zusammen in die Sonne sehen.

Die Sonne hebt sich über den tausend Schornsteinen. Und siehe! Wie schön, wie selig strahlen die Schornsteine! Leuchtend bleibt ihr Rauch zurück, Zeichen des Lebens.

Wiesen, Häuser, Menschen eines fremden Landes zeigen sich. Worte einer unverständlichen Sprache schallen vom Ufer herüber.

Hier leben Menschen, die nichts von den beiden im Nachen wissen, die sich nicht kümmern um das, was zwischen ihnen geschehen ist, die nicht danach fragen, was sie einem andern getan haben.

Die große Seestadt kommt nahe. An ihren Kais werden die riesigen Schiffe liegen, die bestimmt sind, über die Meere zu fahren. Das Leben wird klammern, mit Wagen anrollen, mit Kranen treischen, mit Schiffssternen verkünden, daß es Abfahrt, Meere und ferne Weltteile gibt.

Das große Leben trinkt die kleinen Schmerzen der Menschen auf, wie die Sonne den Rauch aus den Schornsteinen. Das Gewissen wird immer befreiter. Das Gewissen nimmt Kraft an.

Sterben? Da doch Leben nur sündigte, weil es leben mußte? Ist Sünde, was angerufen war zum Leben? Wäre nicht vielmehr Verrat gewesen, das stumm sein zu lassen, was zu leben bestimmt war?

Auch der Zurückgebliebene, Enttäuschte wird leben. Es ist ihm nicht genommen, Leben zu gewinnen.

Zwei junge Menschen steigen aus einem Nachen ans Ufer. Nach den Schatten des nahe gewesenen Todes auf den Wiesen, aber gerettet, mit gereinigten Augen, Hoffnung im Herzschlag, und im hellen Schritt den Willen zu einem neuen, fernen, tätigen Leben der Gemeinsamkeit.











